

**Parlamentssitzung vom 10.02.2025**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rossstall  
19:00 – 21.30 Uhr

**Vorsitz**

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

**Parlamentsbüro**

Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Dominic Amacher (FDP)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Rahel Gall (SP Frauen)  
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Janka Hamm (SP Frauen)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)  
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
Arlette Münger (SP Frauen)  
Sladjan Petrovic (Die Mitte)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Katja Streiff (EVP)  
Roger Tanner (GLP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)  
Klaus von Muralt (Grüne)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Chantal Fuchs

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Roland Akeret (GLP)  
Mark Kobel (FDP)  
Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsident  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2025/10

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 10.1.2025**  
Beschluss
3. **Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Änderung Reglement über Abstimmungen und Wahlen; Volksvorlage**  
Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerrte Proporzahlen"**
5. **Weiterentwicklung Projekt DigiP (Digitalisierung Personalinformationssystem)**  
Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **ÖV Linie 10, Haltestellen hindernisfreie Umgestaltung, zusätzliche Projektelemente und Mehrkosten**  
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
7. **V2213 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen"**  
Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
8. **V2412 Interpellation (SVP-Fraktion) "IT-Infrastruktur an Könizer Schulen"**  
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
9. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch zu unserer Februar-Sitzung. Auf jeden Rücktritt folgt ein Neuzugang. Darum begrüsse ich heute Abend ganz besonders unsere beiden neuen Parlamentsmitglieder. Das ist zum einen Sladjan Petrovic, von der Mitte und das zweite neue Gesicht ist für mich ein alter Bekannter, Klaus von Mural, von den Grünen. Ich wünsche euch beiden in eurem Amt viel Befriedigung, gute Vorstösse und natürlich viel Freude. Dann gebe ich die Geburtstage seit der letzten Sitzung bekannt. Geburtstag hatten Kathrin Gilgen, Bülent Celik, Sandra Röthlisberger.

Und jetzt kommt eine Neuierung: Heute Abend gibt es zwei Neuierungen, welche ich euch zumute, die erste kommt jetzt: Ich gebe jetzt jeweils nur noch jene Geburtstage bekannt, welche bis zur nächsten Sitzung stattfinden werden. Dies mit der Überlegung, dass ihr alle im Voraus informiert seid und auf dem Radar habt, wer Geburtstag hat. Vielleicht führt dies zu einen oder anderen rechtzeitigen Gratulation oder zu einem rechtzeitigen Geschenk. Bis zur nächsten Sitzung haben Geburtstag: Hans-Peter Kohler, Roger Tanner, Ursula Wüst, Mark Kobel, Chantal Fuchs, Beat Rufi, David Müller und Franziska Adam. Ihr habt alle eine kleine Aufmerksamkeit auf eurem Pult - ein Couvert und eine Schokolade in der Parteifarbe, bei der SVP habe ich das gelb der Sonne genommen.

Jetzt ist es so: Das Couvert ist noch etwas flach, denn das eigentliche Geschenk ist noch in der Produktion, das braucht noch den letzten Schliff und das werdet ihr dann erhalten, wenn es fertig ist und darum ist in diesem Couvert im Moment einfach etwas Vorfreude.

Dann habe ich eine Information bezüglich der nächsten Parlamentssitzung: In Absprache mit der 1. Vizepräsidentin habe ich beschlossen, dass wir die Parlamentssitzung vom 17. März durchführen werden, obwohl wir nicht so viele Geschäfte haben. Wir kamen zu diesem Entscheid zum einen, weil es aufgrund der Frühlingsferien eine längere Sitzungspause im April geben wird und weil wir fanden, es darf auch einmal eine kürzere Sitzung geben. Dieses Thema hatten wir hier ja auch schon häufig und dann kann man noch ein bisschen zusammen reden und ist trotzdem nicht erst um Mitternacht zu Hause. Und allenfalls können wir uns dadurch auch die zweite Sitzung im Mai sparen.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Aus dem Parlament entschuldigt sind Mark Kobel, Roland Akeret und Christine Müller. Ronald Sonderegger wird noch eintreffen. Vom Gemeinderat entschuldigt ist Hans-Peter Kohler, er wird im Traktandum 8 von Tanja Bauer vertreten. Somit sind 36 Mitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Der elektronische Aktenversand fand am 14. Januar 2025 statt. Der postalischer Aktenversand am 16. Januar 2025. Und das Protokoll vom 10. Januar 2025 ist online seit 20. Januar.

Dann kommen wir zum Traktandum 1, zur Traktandenliste: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Wenn nicht, erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/11

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Januar 2025**

Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 10. Januar 2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/12

## **Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen; Volksabstimmung**

Beschluss und Botschaft, Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Proporz- oder Verhältniswahlverfahren gewählt. Nach diesem Verfahren wird in einem ersten Schritt ermittelt, wie viele Sitze den einzelnen Parteien oder Wählergruppen im zu wählenden Gremium zustehen.

Diese Sitze werden in einem zweiten Schritt den Kandidierenden der betreffenden Listen mit den meisten Stimmen zugewiesen. Die Gemeinde Köniz wendet für die Zuteilung der Sitze heute das so genannte Hagenbach-Bischoff-Verfahren an, das auch für die Wahl des Nationalrats und des Grossen Rats des Kantons Bern und ebenso in den meisten bernischen Gemeinden zur Anwendung kommt.

Am 13. März 2023 erklärte das Parlament die Motion der EVP-GLP-Mitte-Fraktion «Für unverzerrte Proporzahlen» (Motion V2222) erheblich. Das Motionsbegehren lautet wie folgt:

1. Das Sitzzuteilungsverfahren für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen wird vom Divisorverfahren mit Abrundung (sog. Hagenbach-Bischoff-Verfahren) auf das Divisorverfahren mit Standardrundung (sog. Sainte-Laguë-Verfahren) gewechselt.
2. Die hierfür nötigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen werden rechtzeitig vorgenommen, damit der Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens – unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Organe – bei den nächsten Gemeindewahlen zur Anwendung kommt.
3. Abgesehen von Punkt 1 bleibt das Wahlsystem unverändert. Vorbehalten bleiben Anpassungen des Wahlsystems, die aus rechtlichen Gründen dieser Motion vorgehen (z. B. Anpassungen, die durch Änderungen im übergeordneten Recht nötig werden).

Der Gemeinderat hatte in seiner Antwort zur Motion (Parlamentssitzung vom 13. März 2023) ausgeführt, im Fall einer Erheblicherklärung durch das Parlament seien noch verschiedene Fragen zu prüfen. Er unterbreitete dem Parlament zuhanden der Sitzung vom 6. Mai 2024 den Bericht eines externen Experten mit Überlegungen zu einem Wechsel vom Zuteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë und zu weiteren damit verbundenen Aspekten. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament formell die Kenntnisnahme des Berichts, wünschte aber, vom Parlament Hinweise zu erhalten, wie die zu erarbeitende Vorlage im Hinblick auf die im Bericht angesprochenen Fragen (Anwendung des Verfahrens Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen, Kombination mit Listenverbindungen, insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen) ausgestaltet werden soll. Das Parlament nahm den Bericht zustimmend oder teilweise zustimmend zur Kenntnis und äusserte sich in der Diskussion auch zu weiteren damit verbundenen Aspekten, unter anderem zu Listenverbindungen.

Kurze Zeit nach der Debatte vom 6. Mai 2024 reichte die EVP-GLP-Mitte-Fraktion die parlamentarische Initiative «Für unverzerrte Proporzahlen» mit weitgehend identischem Inhalt wie die Motion 2222 ein, die unter anderem nochmals einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren (mit einer Auszählung der Stimmen im so genannten Höchstzahlverfahren) sowie eine Beschränkung der Zulässigkeit von Listenverbindungen und die Abschaffung der Unterlistenverbindungen fordert.

Der Gemeinderat entspricht mit dem vorliegenden Antrag der Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzahlen» und damit in erster Linie der Forderung nach einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren. Er berücksichtigt die Diskussion vom 6. Mai 2024 und die getroffenen Abklärungen im externen Bericht, namentlich 1) zur Opportunität der Anwendung des Sainte-Laguë Verfahrens für die Wahl des Gemeinderats; und 2) zur Kombination von Sainte-Laguë mit Listenverbindungen, insbesondere mehrparteiigen Listenverbindungen. Zur parlamentarischen Initiative hat der Gemeinderat am 15. August 2024 Stellung genommen. Das Parlament hat die parlamentarische Initiative am 4. November 2024 behandelt und deren vorläufige Unterstützung abgelehnt.

## **2. Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë**

### **2.1 Unterschied zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff**

Das durch den französischen Mathematiker Jean-André Sainte-Laguë entwickelte Sitzzuteilungsverfahren lehnt sich an das Modell an, das der US-amerikanische Politiker Daniel Webster im 19. Jahrhundert für die Wahl des Repräsentantenhauses entwickelte. Es ist ein so genanntes Divisorverfahren. In solchen Verfahren werden die für eine Wählergruppe abgegebenen Stimmen durch eine Zahl oder Zahlenreihe dividiert und die Sitze nach der Grösse der so berechneten Quotienten vergeben.

Im Verfahren Hagenbach-Bischoff werden alle Quotienten abgerundet. Im Verfahren Sainte-Laguë werden sie entweder abgerundet oder aufgerundet, grundsätzlich wie bei der allgemein bekannten kaufmännischen Rundung.<sup>1</sup>

Das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff ist schweizweit am weitesten verbreitet. Es wird bei den Nationalratswahlen<sup>2</sup> angewandt, es ist auch das am meisten angewandte System in den Kantonen. Die Exekutive wird mit Ausnahme des Tessin in allen Kantonen im Majorzverfahren gewählt. Fast alle Gemeinden im Kanton Bern, die ihr Gemeindeparlament oder ihre Exekutive (Gemeinderat) im Proporz wählen, wenden das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff an. Die Vorteile von Hagenbach-Bischoff sind seine bessere Verständlichkeit für die Wählenden, da sich die Sitzverteilung mathematisch relativ einfach nachvollziehen lässt. Aufgrund der weiten Verbreitung und langjährigen Anwendung verfügt es über eine hohe Legitimation bei der Bevölkerung.<sup>3</sup> Als Nachteil wird häufig aufgeführt, dass wählerstärkere Parteien bei der Verteilung der Restmandate tendenziell eher bevorzugt werden. Die Möglichkeit zur Bildung von (mehrparteiigen) Listenverbindungen wirkt diesem Aspekt jedoch entgegen. Die Kritik an Hagenbach-Bischoff wird vor allem dort diskutiert, wo ein Gemeinwesen in verschiedene Wahlkreise unterteilt ist, was in Köniz nicht der Fall ist, da die Gemeinde Köniz einen einzigen Wahlkreis bildet.

Das Verfahren nach Sainte-Laguë ist in den letzten Jahren in verschiedenen Kantonen für Parlamentswahlen eingeführt worden, vor allem im Rahmen des "Doppelten Pukelsheim" bei Proporzwahlen mit mehreren Wahlkreisen. Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzverteilung in Bezug auf die Grösse der Partei oder Wählergruppe bzw. deren Stimmenzahl neutral verhält und somit dem Erfordernis der so genannten Erfolgswertgleichheit (gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen) stärker Rechnung getragen wird. Dies wird erreicht, indem ein Zuteilungsdivisor ermittelt wird, mit welchem genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, d.h. es müssen - im Gegensatz zum Verfahren nach Hagenbach-Bischoff - keine Restmandate zugeteilt werden (siehe unten Kapitel 2.2). Allerdings gibt es durchaus Rechenbeispiele, welche die Vermutung zulassen, dass namentlich Kleinstparteien vom Verfahren nach Sainte-Laguë tendenziell eher profitieren dürften.<sup>4</sup> Das Bundesgericht hat die Unterschiede zwischen den verschiedenen Proporzverfahren stark relativiert und klar festgehalten, dass sowohl Sainte-Laguë als auch Hagenbach-Bischoff verfassungskonform sind. Als Nachteile von Sainte-Laguë werden in der Regel aufgeführt, dass das System mathematisch komplex und deshalb für die Wählenden schwerer nachvollziehbar ist und dass es tendenziell eher zu einer Zersplitterung der Parteien führen kann, was namentlich bei Exekutivwahlen eher nicht erwünscht ist, da auch die Persönlichkeit der Kandidierenden nach verbreiteter Überzeugung eine grössere Rolle spielen sollte. Dies ist wohl auch der Grund, dass in der Schweiz und im Ausland soweit ersichtlich kein Fall bekannt ist, wo Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen angewandt wird.

Weitere Ausführungen zu den Verteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff und nach Sainte-Laguë finden sich in Kapitel 2 des externen Expertenberichts, welcher vom Parlament an der Sitzung vom 6. Mai 2024 diskutiert wurde.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Für das doppeltproportionale Zuteilungsverfahren mit Standardrundung ist heute die Bezeichnung «Doppelter Pukelsheim» geläufig. Der Mathematiker Friedrich Pukelsheim weist darauf hin, dass es in äusserst seltenen Fällen keinen Zuteilungsdivisor gibt, der zusammen mit der kaufmännischen Rundung der Quotienten dazu führt, dass die korrekte Anzahl Sitze (nicht mehr und nicht weniger) verteilt wird. Er verlangt in solchen Ausnahmekonstellationen einen Losentscheid. Er spricht wegen dieser Besonderheit präzisierend nicht von kaufmännischer Rundung, sondern von Standardrundung. Siehe vor allem Friedrich Pukelsheim / Christian Schuhmacher, Doppelproporz bei Parlamentswahlen – ein Rück- und Ausblick, Abschnitt E.5 (frei greifbar im Internet, Universität Augsburg, Institut für Mathematik; greifbar auch in der juristischen Zeitschrift AJP 2011 1581).

<sup>2</sup> Die Änderung des Zuteilungsverfahrens und eine mögliche Einführung von Sainte-Laguë für die Nationalratswahlen wird aktuell im Rahmen einer Kommissionsinitiative der staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK.N 24.422) diskutiert, begleitet von Diskussionen über Listenverbindungen (mögliche Abschaffung) und der grossen Anzahl Listen in gewissen Kantonen bei den letzten Nationalratswahlen <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240422>

<sup>3</sup> Siehe zu den Vor- und Nachteilen der beiden Systeme die Antwort des Regierungsrats auf Vorstösse im Kanton Bern, Motion 127-2014 (Proporzgerechtigkeit bei Grossratswahlen, Antwort des Regierungsrats vom 26. November 2014 und Motion 310-2019 (Gerechte Sitzverteilung bei den Grossratswahlen – auch im Kanton Bern), Antwort des Regierungsrats vom 13. Mai 2020.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu den Bericht "Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë", S. 10 f, welcher dem Parlament am 6. Mai 2024 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerrte Proporzwahlen", Externer Bericht, Kenntnisnahme. [https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21763/2024-05-06\\_T04\\_V2222%20Motion%20unverzerrte%20Proporzwahlen.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21763/2024-05-06_T04_V2222%20Motion%20unverzerrte%20Proporzwahlen.pdf?fp=1)

<sup>5</sup> ebenda

Der Gemeinderat hält vorweg fest, dass sowohl die Methode Hagenbach-Bischoff als auch das Sainte-Laguë-Verfahren rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren sind. Beide Verfahren haben gewisse Vor- und Nachteile. Berechnungen in der Antwort des Gemeinderats zur Motion "Für unverzerrte Proporzahlen" zeigen auf, dass davon auszugehen ist, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.<sup>6</sup> Die Anwendung von St Laguë in nur einem Wahlkreis ist eher ungewöhnlich und für die Wahl der Exekutive (Gemeinderat) ein Novum. Welches das für Köniz "richtige" Verfahren ist, ist deshalb vorwiegend ein politischer Entscheid. Die wohl grösste praktische Auswirkung bei einem Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë ist die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen (siehe hierzu weiter unten Kapitel 3).

## 2.2 Methodische Rechenwege

Im Verfahren nach Sainte-Laguë können die auf die einzelnen Listen entfallenden Sitze auf verschiedenen Rechenwegen ermittelt werden, namentlich durch die Bestimmung eines für alle Listen einheitlichen Zuteilungsddivisors oder durch ein Höchstzahlverfahren.<sup>7</sup> Beide Methoden führen mathematisch zum gleichen Ergebnis.

Nach der ersten Methode wird mit einem gemeinsamen Zuteilungsddivisor gearbeitet, durch den die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen geteilt werden. Der resultierende Quotient aus dieser Teilung wird auf die nächste ganze Zahl auf- oder abgerundet. Gefragt ist nun ein Zuteilungsddivisor, mit dem – unter Berücksichtigung der erwähnten Rundungen – genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden, nicht mehr und nicht weniger. Zuteilungsddivisoren mit dieser Eigenschaft lassen sich nicht aufgrund einer festen Formel berechnen, sondern müssen durch schrittweise Annäherung gesucht werden. Als Ausgangspunkt für diese Annäherung kann die Gesamtzahl der Stimmen für alle Listen durch die Gesamtzahl der zu besetzenden Sitze geteilt werden. Werden mit dem resultierenden Zuteilungsddivisor zu viele Sitze zugeteilt, muss der Divisor schrittweise erhöht werden, bis genau die richtige Anzahl Sitze vergeben wird; werden zu wenig Sitze zugeteilt, muss der Divisor gesenkt werden. Dieses Verfahren wird in Deutschland für die Wahl des Europaparlaments und des Bundestages angewendet. In der Schweiz kommt es beispielsweise in den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen im Rahmen des «Doppelten Pukelsheim» zur Anwendung.

Im Höchstzahlverfahren werden die auf die einzelnen Listen entfallenden Stimmen nacheinander durch 0,5, 1,5, 2,5 etc. oder, was mathematisch betrachtet zu den gleichen Ergebnissen führt, durch 1, 3, 5 etc. geteilt. Dieses Verfahren wird deshalb auch als Methode mit ungeraden Teilern bezeichnet. Anschliessend werden so viele höchste Quotienten aus dieser Division (Höchstzahlen) identifiziert, wie Sitze zu besetzen sind; jede Liste erhält dann so viele Sitze, wie sie Höchstzahlen erreicht hat. Das Höchstzahlverfahren wird in verschiedenen deutschen Bundesländern, beispielsweise in Bremen und Baden-Württemberg, angewendet.

In der Diskussion zur Motion «Für unverzerrte Proporzahlen» vom 6. Mai 2024 ist bemerkt worden, die Bestimmung eines Zuteilungsddivisors sei «am einfachsten zum Nachkontrollieren für die Bevölkerung». Diese Methode gilt auch als die effizienteste, wogegen das Höchstzahlverfahren für grössere Gremien eine Vielzahl von Rechenoperationen erfordert. Das Verfahren mit dem gemeinsamen Zuteilungsddivisor wird im Gegensatz zum Höchstzahlverfahren in der Schweiz auch bereits angewendet und hat soweit ersichtlich keine Probleme aufgegeben, hat sich also in der Praxis offenbar bewährt. Für das Verfahren mit Zuteilungsddivisor spricht weiter, dass die Gemeinde Köniz bei den Wahlen eine Software einsetzt, deren Herstellerin bereits über geeignete Programmteile für das Zuteilungsddivisor-Verfahren verfügt (hingegen müsste die Auswertung im Höchstzahlverfahren von Grund auf entwickelt bzw. programmiert werden, was wesentlich aufwändiger und wohl auch teurer wäre). Aus all diesen Gründen wird mit vorliegendem Antrag die Anwendung des Zuteilungsddivisor-Verfahrens beantragt.

<sup>6</sup> [https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13\\_T05\\_F%C3%BCr%20unverzerrte%20Proporzahlen.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13_T05_F%C3%BCr%20unverzerrte%20Proporzahlen.pdf?fp=1)

<sup>7</sup> Das für die Zuteilung der Ausschusssitze des Bundestages angewendete, aber komplizierte Rangmasszahlverfahren kommt nach Auffassung des Gemeinderats nicht in Betracht.

## 2.3 Anwendung auch für die Gemeinderatswahlen (Exekutive)

Die Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzahlen» verlangt einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen. Für Exekutivwahlen kommt das Sainte-Laguë-Verfahren, wie bereits oben ausgeführt, nach Wissen des Gemeinderats heute weder im Ausland noch in der Schweiz zur Anwendung. Eine Gemeinderatswahl im Sainte-Laguë-Verfahren stellt somit ein Novum dar. Dieses Verfahren liegt auch nicht gerade nahe, weil im Rahmen einer Exekutivwahl in aller Regel die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund steht und der parteipolitischen Zusammensetzung für den Gemeinderat deshalb weniger Bedeutung zukommt als für das Parlament, das die politischen Überzeugungen der Bevölkerung bzw. der Stimmberechtigten möglichst genau widerspiegeln soll. Der Vorteil des Sainte-Laguë-Verfahrens, nämlich die unverzerrte Wiedergabe der Stimmenverhältnisse und die optimale Wahrung der Erfolgswertgleichheit der Stimmen, fällt mithin weniger ins Gewicht als bei einer Parlamentswahl.

Dennoch beantragt der Gemeinderat, das Sainte-Laguë-Verfahren – wie mit der Motion verlangt – sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen vorzusehen. Es dürfte für die Stimm- und Wahlberechtigten schwerlich nachvollziehbar sein, weshalb für das Parlament einerseits und für den Gemeinderat andererseits unterschiedliche Proporzwahlssysteme gelten sollen. Eine solche Regelung wäre deshalb im Licht der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der freien Willensbildung und unverfälschten Stimmabgabe nach Artikel 34 Absatz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 auch rechtlich nicht vollends unproblematisch. Die wohl einzige ernsthaft in Betracht fallende Alternative wäre ein Wechsel von einer Proporzwahl zu einer Majorz- oder Mehrheitswahl des Gemeinderats, die beispielsweise die Stadt Burgdorf vorsieht. Ein solcher Wechsel ist in der Vergangenheit, unter anderem im Zusammenhang mit dem Projekt «Köniz 5» (2008-2010), allerdings verworfen worden und steht nach Auffassung des Gemeinderats heute nicht zur Diskussion.

## 3. Listenverbindungen

### 3.1 Allgemeines

Listenverbindungen sind für die Proporzahlen in Köniz heute unbeschränkt zulässig und auch andernorts, namentlich in Kantonen und Gemeinden mit einem Verfahren nach Hagenbach-Bischoff, verbreitet. Eine Listenverbindung bewirkt, dass die Stimmen für zwei oder mehr Listen für die Zuteilung der Sitze in einem ersten Schritt zusammengerechnet werden; die der Listenverbindung zugeteilten Sitze werden dann in einem zweiten Schritt auf die einzelnen Listen verteilt. Verbundene Listen werden somit zunächst wie eine einzige Liste behandelt. Listenverbindungen haben zum Zweck, die Stimmkraft kleinerer Parteien oder Wählergruppen im Rahmen einer Proporzwahl zu bündeln und zu verstärken und «die durch Quoren, Wahlkreiseinteilung, Mandat- und Restmandatsverteilungssysteme verursachten Proportionalitätsabweichungen auszugleichen».<sup>8</sup> Praktische Bedeutung haben sie in erster Linie im Zusammenhang mit der Verteilung von Restmandaten. Listenverbindungen sind dementsprechend durch das Bundesgericht und die Lehre als «Partnerschaft zur Verwertung von Reststimmen» bezeichnet worden.<sup>9</sup> Listenverbindungen können aber auch bewirken, dass eine kleine Wählergruppe, die im Alleingang keinen Sitz in einem bestimmten Gremium erlangen würde, schliesslich "auf Kosten" einer anderen Gruppe einen Sitz erringt. Dies zeigt etwa das folgende (fiktive) Beispiel: Für einen Sitz in einem Gremium benötigt eine Partei oder Liste mindestens 6000 Stimmen; in Betracht kommen für diesen Sitz die drei Listen A, B und C. Die Liste A erzielt 7500 Stimmen, die Liste B 3500 Stimmen, die Liste C 4100 Stimmen. Verbinden sich die Listen B und C, erhalten sie zusammen insgesamt 7600 Stimmen und damit den Sitz, der schliesslich an die Liste C mit 4100 Stimmen geht. Die Liste A mit 7500 Stimmen, die als einzige die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, geht demgegenüber leer aus.

<sup>8</sup> Alfred Kölz, Probleme des kantonalen Wahlrechts, Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht 1987, S. 1 ff., 27.

<sup>9</sup> BGE 99 Ia 444 E. 4; Benno Schmid, Die Listenverbindung im schweizerischen Proportionalwahlrecht, Diss. Zürich 1961, S. 35.

### 3.2 Ein- und mehrparteiige Listenverbindungen

Listenverbindungen können sogenannt ein- und mehrparteiig sein. Eine einparteiige Listenverbindung liegt vor, wenn eine politische Partei oder Gruppierung, beispielsweise im Sinn eines «innerparteilichen Minderheitenschutzes», gleichzeitig verschiedene «Teillisten» wie beispielsweise regional ausgerichtete Listen einreicht. Mehrparteiige Listenverbindungen sind Verbindungen zwischen unterschiedlichen Parteien, die zur Verbesserung ihrer Wahlchancen<sup>10</sup> miteinander eingehen.

Der Gemeinderat wird weiter unten vorschlagen, in Zukunft nur noch sogenannt einparteiige Listenverbindungen zuzulassen. Das wirft die Frage auf, wie man in der Gemeinde Köniz die einparteiigen Listenverbindungen ins Auge fassen und «adressieren» kann.

Zu beachten ist hier, dass gemäss dem Reglement über Abstimmungen und Wahlen der Gemeinde Köniz die Sitze nicht den Parteien, sondern den Listen zugeteilt werden. Die Listen müssen auch nicht unbedingt durch die politische Partei eingereicht werden. Gefordert ist ja einfach, dass eine bestimmte Anzahl stimmberechtigter Personen eine Liste mit Wahlvorschlägen einreicht (Art. 27 RAW).

Wenn man einparteiige und mehrparteiige Listenverbindungen unterscheiden will, ist es deshalb wohl zielführend, auf die (von den Wählergruppen bestimmten) Bezeichnungen der Listen abzustellen, ganz ähnlich wie es auf Bundesebene passiert: Artikel 31 Absatz 1<sup>bis</sup> des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (BPR) sieht vor, dass Unterlistenverbindungen für die Nationalratswahlen nur gültig sind zwischen «zwischen Listen gleicher Bezeichnung, die sich einzig durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, der Flügel einer Gruppierung, der Region oder des Alters unterscheiden».<sup>11</sup>

### 3.3 Beurteilung

Die Vor- und Nachteile von Listenverbindungen werden generell unterschiedlich beurteilt und waren auch schon wiederholt Gegenstand von Ausführungen des Gemeinderats oder externer Berichte.<sup>12</sup> Listenverbindungen werden auf der einen Seite als geeignetes Mittel zum Ausgleich systembedingter Nachteile eines Wahlverfahrens für kleine Parteien oder Wählergruppen gewürdigt. Dagegen wird eingewendet, Listenverbindungen komplizieren das Wahlverfahren und seien intransparent; insbesondere mehrparteiige Listenverbindungen könnten als «unnatürliche Allianzen» zudem den Wählerwillen verfälschen, weil schliesslich nicht eine Person der durch die Wählenden bevorzugten Partei oder Wählergruppe, sondern eine Vertretung einer anderen Gruppe gewählt werde.

Für die Beurteilung der Opportunität von Listenverbindungen bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren ist zu unterscheiden zwischen den beiden unter Ziffer 3.1 erwähnten Funktionen, nämlich zwischen der Bedeutung für die Zuteilung von Restmandaten einerseits und der mit der Listenverbindung geschaffenen Möglichkeit, dass eine kleinere Partei oder Wählergruppe dank der Verbindung überhaupt (zulasten einer anderen Partei) einen Sitz erringt, anderseits.

Mit Blick auf die Zuteilung von Restmandaten erscheinen Listenverbindungen sinnvoll, wenn das angewendete Verfahren wie das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff dazu führen kann, dass die Restmandate tendenziell eher wählerstärkeren Parteien zugeteilt werden. In einem solchen Fall können Listenverbindungen diese möglichen Effekte ausgleichen. Hagenbach-Bischoff selber schlug seinerzeit «gekoppelte Listen» vor, um diese zu dämpfen.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Anina Weber, Schweizerisches Wahlrecht und die Garantie der politischen Rechte, 2016, S. 218.

<sup>11</sup> Eine praktisch gleichlautende Bestimmung kennt der Kanton Thurgau für die Unterlistenverbindungen im Rahmen der Proporzwahl des Grossen Rates; vgl. § 51 Abs. 2 Gesetz vom 12. Februar 2014 über das Stimm- und Wahlrecht (StWG, RB 161.1), [https://www.rechtsbuch.tg.ch/app/de/texts\\_of\\_law/161.1](https://www.rechtsbuch.tg.ch/app/de/texts_of_law/161.1), besucht am 24. August 2024. Das Gesetz des Kantons St. Gallen vom 5. Dezember 2018 über Wahlen und Abstimmungen (WAG; sGS 125.3) enthält in Art. 43 Abs. 2 eine entsprechende Regelung generell für Listenverbindungen, [https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts\\_of\\_law/125.3](https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/125.3), besucht am 24. August 2024.

<sup>12</sup> Vgl. z.B. die Antwort des Gemeinderats vom 28. Juni 2017 zur Motion BDP «Transparenz bei Gemeinderatswahlen – Listenverbindungen abschaffen» zuhanden der Parlamentssitzung vom 18. September 2017 und die Hinweise in den Berichten Ueli Friederich «Majorz- oder Proporzwahl für die Mitglieder des Gemeinderats in Köniz?» vom 4. März 2008, S. 7 f., und «Wechsel vom Wahlverfahren nach Hagenbach-Bischoff zum Verfahren nach Sainte-Laguë? – Überlegungen zu Eigenarten, zur Verbreitung, zu rechtlichen Aspekten und zur Opportunität der Wahlverfahren sowie zu Listenverbindungen, insbesondere in Kombination mit dem Verfahren Sainte-Laguë» vom 7. Dezember 2023, S. 13 ff.

<sup>13</sup> Eduard Hagenbach-Bischoff, Anwendung gekoppelter Listen, in: Bulletin des Schweizerischen Wahlreformvereins für proportionale Volksvertretung 1896, Nr. 10/11, S. 78 ff.



Wird das Sainte-Laguë-Verfahren eingeführt, stellt sich dieses Problem allerdings nicht mehr, weil die reine Proporzidee mit Sainte-Laguë mathematisch am genauesten umgesetzt ist (siehe vorne Ziffer 2.2). Deshalb machen Listenverbindungen nach einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren keinen Sinn mehr.<sup>14</sup> Praktische Bedeutung können sie somit nur noch haben, wenn sie einer Partei oder Wählergruppe, die ohne Verbindung keinen Sitz erzielen würden, auf Kosten einer anderen Gruppierung einen Sitz verschaffen. Diese mögliche Konsequenz ist für einparteiige und für mehrparteiige Listenverbindungen unterschiedlich zu beurteilen:

Sind die Listen A, B und C in dem unter Ziffer 3.1 erwähnten Zahlenbeispiel mehrparteiig, d.h. durch unterschiedliche Parteien eingereicht worden, geht der Sitz der Liste C an eine andere Partei als an diejenige, die mit 7500 Stimmen das beste Resultat erzielt hat (Partei mit der Liste A). Dieses Ergebnis entspricht nicht dem «wahren Willen» der Wählenden, die mehrheitlich für die Partei mit der Liste A gestimmt haben und keinen Einfluss auf die Verbindung dieser Liste mit einer andern nehmen können, und ist deshalb rechtlich problematisch.<sup>15</sup> In der neueren Lehre werden mehrparteiige Listenverbindungen mit Blick auf solche Ergebnisse als «Verletzung des Grundsatzes der direkten Wahl» kritisiert.<sup>16</sup>

Anders zu beurteilen ist das Ergebnis, wenn nur einparteiige Listenverbindungen im Spiel stehen. Sind die Listen B und C im erwähnten Zahlenbeispiel z.B. eine Liste "Partei A Senior:innen" und eine Liste "Partei A Jugend" derselben Partei oder Wählergruppe "A", erzielt diese Gruppierung insgesamt 7600 Stimmen und somit mehr Stimmen als die Partei mit der Liste A. Es erscheint in diesem Fall angezeigt, dass sie und nicht die Partei A den Sitz erhält. Die einparteiige Listenverbindung führt, anders als eine mehrparteiige, nicht zu einem «Transfer» des Sitzes zu einer anderen Partei oder Wählergruppe. Die Stimmen kommen vielmehr der Gruppierung zu, für welche die Wählenden tatsächlich mehrheitlich votiert haben. Eine Partei oder Wählergruppe kann, auch im Interesse des Minderheitenschutzes, durchaus ein legitimes Bedürfnis haben, mit Teillisten beispielsweise Geschlechter, Altersgruppen oder regionale Interessen, allenfalls auch Parteiminderheiten, besonders zu berücksichtigen und im Wahlkampf aufzutreten zu lassen. Bestünde die Möglichkeit der einparteiigen Listenverbindung nicht, wäre dies nicht ohne das Risiko eines Sitzverlustes möglich. Einparteiige Listenverbindungen erscheinen somit auch bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sinnvoll. Der Grundsatz der direkten Wahl (vgl. Art. 34 BV) bleibt gewährleistet. Eine Parteizersplitterung droht nicht.

### 3.4 Fazit

Der Gemeinderat erachtet es aus den dargelegten Gründen als angezeigt, bei einem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren nicht zuletzt mit Blick auf allfällige künftige rechtliche Risiken auf mehrparteiige Listenverbindungen zu verzichten, aber einparteiige Verbindungen nach wie vor zuzulassen. Eine solche Regelung entspricht nicht nur dem, was der Gemeinderat der parlamentarischen Debatte vom 6. Mai 2024 entnimmt, sondern auch der Grundidee, die historisch betrachtet der Einführung der Listenverbindung zugrunde lag.<sup>17</sup>

## 4. Unterlistenverbindungen

Unterlistenverbindungen machen Sinn, wenn politische Gruppierungen ihre Chancen auf einen Sitz im Rahmen einer Listenverbindung optimal wahren wollen. Dieses Bedürfnis besteht unter Umständen, wenn sich mehrere Parteien oder Wählergruppen unterschiedlicher Ausrichtung an einer Listenverbindung beteiligen, kaum aber im Rahmen einer einparteiigen Listenverbindung.<sup>18</sup> Hinzu kommt, dass eine Unterlistenverbindung nur möglich ist, wenn sich drei oder mehr Listen verbinden, was im Fall einparteiiger Listenverbindungen selten bis sehr selten der Fall sein dürfte.

<sup>14</sup> Proporzwahlssysteme im Vergleich; Bericht der Bundeskanzlei vom 21. August 2013, S. 21; Weber, Wahlrecht, S. 247.

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Schmid, S. 49 f.; Weber, Wahlrecht, S. 252 f.

<sup>16</sup> Weber, Wahlrecht, S. 253; Anina Weber, Listenverbindungen: Problematische Liaisons bei Wahlen, AJP 2013, S. 683 ff., 694 und 697.

<sup>17</sup> Der Bundesgesetzgeber hat die Listenverbindung in erster Linie in der Absicht zugelassen, die einparteiige Verbindung regionaler Teillisten für die Nationalratswahl zuzulassen; vgl. Schmid, Listenverbindungen, S. 96 ff.; Weber, Wahlrecht, S. 240.

<sup>18</sup> Zum Ganzen Schmid, Listenverbindungen, S. 54 ff. und S. 237. Vgl. auch Weber, Wahlrecht, S. 265: «Bei der einparteiigen Listenverbindung erübrigt sich die Frage nach der Zulassung mehrfacher Verbindungen; es besteht schlicht kein Bedarf mehr».

Soweit bekannt, haben sich in der Praxis denn auch nie Listen einer einparteiigen Listenverbindung zu Unterlistenverbindungen zusammengeschlossen. Zu berücksichtigen ist im Weiteren, dass Unterlistenverbindungen das Zuteilungsverfahren komplizieren und die Nachvollziehbarkeit erschweren, womit die Transparenz des Wahlverfahrens leiden kann.<sup>19</sup> Der Gemeinderat schlägt deshalb nicht zuletzt auch im Interesse eines möglichst einfachen und transparenten Wahlverfahrens vor, die Möglichkeit von Unterlistenverbindungen zu streichen.

## 5. Anpassungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

Das Reglement über Abstimmungen und Wahlen regelt die Zuteilung der Sitze an die Listen heute in den Artikeln 42 und 43. Die Regelung der ersten Verteilung in Artikel 42 ist durch die neuen Bestimmungen über den gemeinsamen Zuteilungsdivisor zu ersetzen. Artikel 43 über die Verteilung der Restmandate wird mit dieser Anpassung gegenstandslos und kann gestrichen werden. Artikel 44 Absatz 2 ist redaktionell entsprechend anzupassen. Ebenfalls anzupassen ist Artikel 49 Absatz 3, der heute auf die Restmandate nach Artikel 43 Bezug nimmt. Die Listen- und Unterlistenverbindungen für die Proporzahlen des Parlaments und des Gemeinderats sind in den Artikeln 11a, 31 und 44 erwähnt. Die Artikel 11a und 31 sind an die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen und der Unterlistenverbindungen anzupassen.

Die vorgeschlagenen neuen Normtexte sind in der beiliegenden Synopsis «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)» aufgeführt und werden da kurz erläutert (Beilage 1)

## 6. Inkrafttreten

Der Gemeinderat legt dem Parlament mit vorliegendem Antrag fristgerecht im Rahmen der gesetzlichen Erfüllungsfrist (Art. 61 Geschäftsreglement des Parlaments) eine Vorlage zur Umsetzung der Motion 2222 z.H. der Stimmbevölkerung vor. Eine Volksabstimmung über die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen wird frühestens am 18. Mai 2025 möglich sein. Theoretisch könnten die Änderungen im Fall der Annahme kurze Zeit später in Kraft gesetzt werden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Motion «Für unverzerrte Proporzahlen» einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren noch vor den nächsten Gemeindewahlen (28. September 2025) anstrebt, und hat auch Verständnis für dieses Anliegen. Wie bereits im Antrag des Gemeinderats vom 26. Juni 2024 an das Parlamentsbüro zur Verlängerung der Erfüllungsfrist für die Motion V2222 «Für unverzerrte Proporzahlen»<sup>20</sup> dargelegt, erachtet der Gemeinderat eine Inkraftsetzung der Änderungen vor den Gesamterneuerungswahlen 2025 aber als kritisch, weil mit Unsicherheiten und Risiken behaftet. Die Ersatzwahl vom 22. September 2024 für die Nachfolge von Gemeinderat Thomas Brönnimann ist erfolgt, ohne dass die Stimmberechtigten wussten, ob das aktuelle Wahlsystem für die Gesamterneuerungswahlen im folgenden Jahr ändert oder nicht. Die Änderung des Wahlsystems im Wahljahr selbst wäre mit konkreten Risiken verbunden, unter anderem deshalb, weil im Fall einer Beschwerde gegen die Neuregelung unklar wäre, welches Verfahren nun gelten soll. Zu beachten ist im Weiteren, dass die Auslosung der Listennummern gemäss Art. 26 der Verordnung vom 9. Februar 2005 über Abstimmungen und Wahlen spätestens vier Monate vor der Wahl, d.h. spätestens am 28. Mai 2025 und damit bereits 10 Tage nach dem Abstimmungstermin stattzufinden hat, zu dem noch nicht definitiv feststeht, ob das neue Wahlsystem - und damit verbunden auch die Frage ob mehrparteiige Listenverbindungen noch erlaubt sind - gilt, da die Beschwerdefrist gegen die Abstimmung noch läuft. Schliesslich ist zu beachten, dass die Zeit für die Einführung und entsprechende Anpassungen der Software knapp wäre. Der Gemeinderat erachtet es aus diesen Gründen als angezeigt, die Änderungen erst nach den Wahlen, auf den 1. Januar 2026, in Kraft treten zu lassen.

Wie üblich wird vorgeschlagen, dass nicht die Stimmberechtigten über das Inkrafttreten bestimmen, sondern dass dies delegiert wird. Auf diese Weise braucht es keine weitere Volksabstimmung, wenn wegen Unvorhergesehenem das Datum des Inkrafttretens verschoben werden muss.

<sup>19</sup> Ivo Hangartner/Andreas Kley/Nadia Braun Binder/Andreas Glaser, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Auflage 2023, S. 285; Weber, Wahlrecht, S. 260.

<sup>20</sup> <https://www.koeniz.ch/aktuell/gemeinderat.page/1589>

Bei vielen anderen Geschäften bestimmt der Gemeinderat das Datum des Inkrafttretens. Im vorliegenden Fall geht es um ein bedeutendes Geschäft, bei dem im Parlament und in seinen Gremien der Zeitplan schon mehrfach thematisiert wurde. Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, dass das Parlament das Datum des Inkrafttretens bestimmt. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2026 festzulegen.

## 7. Abstimmungsvorlage zuhanden der Stimmberechtigten

Über die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen werden nach Artikel 32 Buchstabe c der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004 die Stimmberechtigten zu beschliessen haben. Dem vorliegenden Antrag ist der Entwurf für eine Botschaft an die Stimmberechtigten (Beilage 2) mit den beantragten Änderungen des RAW im Anhang beigelegt.

## 8. Vorprüfung

Die diesem Antrag beigelegten Anträge für Anpassungen des RAW sind dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Vorprüfung unterbreitet worden. Die Bemerkungen des AGR wurden aufgenommen, die entworfenen Bestimmungen sind somit genehmigungsfähig.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Reglements vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen gemäss Anhang zu dieser Botschaft wird zugestimmt.
2. Das Parlament bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

3. Die Änderungen treten am 1. Januar 2026 in Kraft. Diese Ziffer steht unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen.

Köniz, 11. Dezember 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Änderungsvorlage «Anpassungen Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen (Zuteilungsverfahren und Listenverbindungen)»
- 2) Entwurf Abstimmungsbotschaft

## Diskussion

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Hier handelt es sich um eine Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen und somit auch um eine Volksvorlage. Die Sitzungsakten umfassen den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Abstimmungsbotschaft und ihr habt eine Tischvorlage mit einem Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, dann folgt die allgemeine Debatte mit den Fraktionsvoten, den Einzelvoten und dem Votum des Gemeinderates.

Wir werden den Rückweisungsantrag in der allgemeinen Debatte behandeln. Nach der allgemeinen Debatte folgt dann die Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Falls die Rückweisung abgelehnt wird, folgt danach die Detailberatung des Reglements. Dort können Voten und Anträge zu den einzelnen Artikeln des Reglements oder zur Botschaft vorgebracht werden. Auch hier haben zuerst die Fraktionssprecher das Wort, dann folgen die Einzelvoten und der Gemeinderat.

Dann noch ein Hinweis: Die Pro- und Contra-Argumente für die Abstimmungsbotschaft könnt ihr auch erst in der Detaildebatte bringen. Denn falls das Geschäft zurückgewiesen wird, erübrigen sich heute Abend die Pro- und Contra-Argumente für die Abstimmungsbotschaft. Diese würden wir dann, wenn das Geschäft erneut vorliegt, vorbringen.

Mit Mail vom 3. Februar habe ich euch mitgeteilt, dass Abänderungsanträge zur Reglementsänderung oder zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen.

**GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte:** Um was geht es? Im Sinne der Effizienzsteigerung im Parlament, erzähle ich nicht alles, was in den Unterlagen steht, da gehe ich davon aus, dass dies alle gelesen haben. Auch haben wir ja bereits verschiedene Male darüber ziemlich ausgedehnt und friedvoll debattiert.

Nach einem Überblick will ich einige Fragen rauspicken resp. die wichtigsten Punkte aus der GPK-Besprechung erläutern. Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzzuteilung in Bezug auf die Grösse der Partei oder in Bezug auf die Wählergruppe neutral verhält. Damit erfüllt es die Erfordernisse der sogenannten Erfolgswertgleichheit – das ist die gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen - und das macht dieses Verfahren sehr gut. Mit Sainte-Laguë wird also die reine Proporzidee mathematisch am genauesten umgesetzt.

Mit dem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren wird die Hauptfunktion der Listenverbindungen, die Verbesserung der Chancen auf ein zusätzliches Restmandat, obsolet. Listenverbindungen können dazu führen, dass eine kleinere Partei oder Wählergruppe dank der Verbindung einen Sitz erhält und eine andere Gruppierung leer ausgeht, obwohl sie mehr Stimmen auf sich vereinigt hat.

Die Gemeindepräsidentin hat uns in der GPK wie folgt informiert: Die Verwaltung hat sich bemüht, die Inhalte der Vorlage auf Basis der vorliegenden Grundlagendokumente und Expertenberichte möglichst neutral zu formulieren. Das AGR hat die Vorlage und die Formulierungen geprüft und genehmigt. Das neue Wahlverfahren nach Sainte-Laguë kann nicht zusammen mit Listenverbindungen verwendet werden. Beide Wahlsysteme, also das Hagenbach-Bischoff- und das Sainte-Laguë-Verfahren, sind verfassungskonform und haben ihre Vor- und Nachteile. In der Botschaft sind ausserdem bewusst keine Rechenbeispiele aufgeführt, weil es zu jedem Rechenbeispiel ein Gegenrechenbeispiel geben würde, was die These/Antithese weder widerlegen noch unterstützen würde.

Aus Sicht der Verwaltung ist die wichtigste Änderung beim Wechsel des Wahlsystems die Abschaffung der Listenverbindungen. Das Inkrafttreten wird an das Parlament delegiert. Der Gemeinderat schlägt vor, das Datum nach den Gesamterneuerungswahlen 2025 anzusetzen, weil sonst ein Beschwerderisiko bestehen würde. Dieses Risiko möchte der Gemeinderat nicht eingehen.

Wir haben verschiedene Zusatzfragen gestellt und diese wurden wie folgt beantwortet:

- Das früheste Datum für die Volksabstimmung wäre der 18. Mai 2025. Der Gemeinderat empfiehlt, den Abstimmungstermin auf November 2025 zu legen, da bei einer früheren Volksabstimmung die Gefahr bestehen würde, dass die Stimmbevölkerung bei den Gesamterneuerungswahlen in diesem Herbst verunsichert wäre und gar nicht mehr genau wüsste, welches Wahlverfahren jetzt eigentlich gelten würde. Für das Inkrafttreten empfiehlt der Gemeinderat somit den 01.01.2026.
- Wenn das neue Wahlverfahren erst nach den Gesamterneuerungswahlen in Kraft gesetzt würde, dann wäre zwar immer noch das Risiko für eine Beschwerde da, aber es würde genügend Zeit bleiben, das neue System zu testen und eine allfällige Beschwerde könnte man einfacher abweisen.
- Ein Teil des Botschaftstextes in leichter Sprache zu übersetzen, ist momentan wegen fehlender Ressourcen nicht möglich. Der Gemeinderat wird dies aber angehen – nicht in diesem Geschäft, aber bei anderen Geschäften in Zukunft.

Einige Punkte aus der Diskussion der GPK:

- Es ist unbestritten, dass es schwierig ist, den Sachverhalt der Vorlage für alle Stimmbürger verständlich wiederzugeben.
- Für einige GPK-Mitglieder wirkt die Botschaft tendenziös verfasst. Die Botschaft müsste darum nochmals überarbeitet oder angepasst werden. Es wird auch bemerkt, dass eine Überarbeitung nicht die Aufgabe der Redaktionskommission ist, denn diese hat andere Aufgaben.
- Andere GPK-Mitglieder finden, dass die Botschaft einige schwierige, schwer verständliche Formulierungen enthalte. Sie haben aber auch ein gewisses Verständnis für die sprachlichen Herausforderungen.

Zu den Beschlüssen:

1. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Hier waren 6 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen.
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates wie folgt zuzustimmen:
  - Ziffer 1.1: Das Abstimmungsergebnis war 2 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen.
  - Ziffer 1.2: Das Abstimmungsergebnis war 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen.
  - Ziffer 2: Das Abstimmungsergebnis war 4 Stimmen dafür, drei Stimmen dagegen.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Ich stelle fest, dass Ronald Sonderegger eingetroffen ist. Es sind somit 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

## Allgemeine Diskussion

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP:** Der Gemeinderat hat Wort gehalten und diese Vorlage fristgerecht vorgelegt. Wir danken für die geleistete Arbeit.

Jede Stimme soll gleich viel zählen. Diesem Ziel sind wir jetzt einen wichtigen Schritt näher. Das freut uns. Die Zahl der Stimmen wird durch einen Divisor geteilt, welche für alle Parteien gleich ist. Das gerundete Ergebnis ergibt die Anzahl Sitze. So einfach.

Am liebsten würden wir jetzt die Vorlage zur Abstimmung bringen und, falls die Bevölkerung "ja" sagt, die nächsten Wahlen nach dieser besseren Regel durchführen. Wir sind aber zum Schluss gekommen, bei dieser Vorlage ist es ein wenig wie bei diesem Geschenk, welches erwähnt wurde, es fehlt noch der letzte Schliff. Der Gemeinderat möchte die Möglichkeit von überparteilichen Listenverbindungen streichen, innerparteiliche Listenverbindungen, sollen hingegen möglich bleiben. Diese Ergänzungen müsste man unserer Meinung nach zu Ende denken, sonst wären gewisse taktische Spiele möglich:

3. Eine grosse Partei könnte ihre Liste aufteilen und spekulieren, damit mehr Sitze zu machen.

4. Zwei Parteien könnten eine gemeinsame Liste machen und zusätzlich getrennt antreten. Zugegeben, beides ist vermutlich nicht sehr häufig zu erwarten. Trotzdem: Solche Spielereien sollten wir nicht zulassen. Das ist der Grund für die ersten beiden Punkte unserer Rückweisung.

Ein weiterer Punkt ist der Botschaftstext: Ihr habt gehört, auch uns ist es so ergangen, der Text ist etwas komplizierter als nötig. Bei einigen Aussagen in der Botschaft setzen wir auch inhaltliche Fragezeichen. So wird auf Seite 6 gesagt, das Hagenbach-Bischoff-Verfahren sei besser verständlich. Hand aufs Herz: Wer von uns hat Art. 42 und 43 des bisherigen Wahlreglements gelesen und bereits im ersten Durchgang verstanden? Wie man kaufmännisch rundet, haben hingegen alle von uns in der Schule gelernt und wie man einen Kuchen in gerechte Stücke verteilt, wissen wir seit dem Kindergarten. Das ist Sainte-Laguë.

Ebenfalls auf Seite 6 heisst es, dass Hagenbach-Bischoff die wählerstärksten Parteien bevorzugt, sei vor allem dort relevant, wo das Gemeindewesen in verschiedene Wahlkreise unterteilt ist. Dies sei in Köniz nicht der Fall. Der Text verleitet somit zum Schluss, es gebe in Köniz gar keine Verzerrung. Dieser Schluss wäre aber falsch. Richtig ist: Das Verzerrungsrisiko ist umso grösser, je weniger Sitze es zu verteilen gibt. Das ist zum Beispiel beim Gemeinderat der Fall – 5 Sitze. Das haben wir bei der letzten Gemeinderatswahl in der Stadt Bern gesehen. Dort hat das eine Bündnis doppelt so viele Stimmen erzielt, wie das andere, die Sitze wurden aber im Verhältnis 4:1 verteilt.

Die Aussage, bei Exekutivwahlen stehe die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund, wird zweimal implizit gegen Sainte-Laguë ins Feld geführt. Ein Persönlichkeitsargument wäre aber wenn schon, ein Argument für Majorz, und nicht, grosse Parteien zu bevorzugen.

Mit unserer Rückweisung wollen wir darum den Gemeinderat damit beauftragen, diese Botschaft zu überarbeiten, mit dem Ziel bestmöglicher Verständlichkeit und Ausgewogenheit. Qualität ist wichtiger als das Timing. Wir nehmen in Kauf, dass wir bei den nächsten Wahlen noch nicht ganz gleich lange Spiesse haben. Wichtig ist uns aber, dass das Parlament diese Vorlage noch vor den Wahlen verabschiedet - bevor wir alle wissen, wie wir abschneiden. Darum soll dieses Geschäft spätestens für die August-Sitzung erneut vorgelegt werden.

Bitte stimmt für unsere Rückweisung, jede Stimme zählt.

**Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard:** Vorab besten Dank an alle Beteiligten, welche bisher viele Arbeitsstunden in dieses Vorhaben zur Änderung des Sitzverteilungsverfahrens und zur Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindung für die Wahl des Gemeinderates und des Parlaments investiert haben. Vielen Dank auch dem GPK-Referenten für die Ausführungen.

Wir von der FDP-Fraktion, die Liberalen, sind grundsätzlich für den Wechsel von Hagenbach-Bischoff zum Wahlverfahren nach Sainte-Laguë. Wir hätten daher mehrheitlich "ja" zu den Anträgen des Gemeinderates gesagt. Denn ein Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë ist nach wie vor wichtig und richtig. In den uns vorliegenden Unterlagen, insbesondere in der Botschaft an die Stimmbevölkerung, hat es unserer Ansicht nach trotzdem noch Verbesserungspotential.

Jetzt liegt ein Rückweisungsantrag der GLP-EVP-Mitte-Fraktion vor. Bei der Unterstützung des Rückweisungsantrags geht es uns daher primär um die inhaltlichen Aspekte. Diese vier Punkte enthalten all das, was uns an der Vorlage gestört und zu Unbehagen geführt hat. Die Fraktion der FDP, die Liberalen unterstützt daher den Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion einstimmig.

Falls diese Rückweisung nicht durchkommen würde und ich nicht nochmals nach vorne kommen möchte, habe ich hier gleich noch die Pro-Argumente der FDP, die Liberalen für den Wechsel des Wahlverfahrens:

- Die Proporzidee wird im Wahlverfahren nach Sainte-Laguë am besten umgesetzt.
- Das Wahlverfahren nach Sainte-Laguë behandelt alle gleich und ist unabhängig und neutral in Bezug auf die Parteigrösse. Jede Stimme hat gleich viel Gewicht.
- Listenverbindungen sind zukünftig einparteiig. Beispiel: Mutterpartei, Jungpartei mit allenfalls weiteren Aufteilungen nach Geschlecht. Diese Listen sind automatisch verbunden und bilden den Wählerwillen ab. Wählt jemand Partei x, so profitiert genau die Partei x und nicht auch noch wie bisher mit mehrparteiigen Listenverbindungen die Partei y, was in der neueren Lehre zunehmend kritisch beurteilt wurde und vereinzelt als grundsätzlich verfassungswidrig eingestuft worden ist.
- Sainte-Laguë liegt im Trend, das Wahlverfahren trifft den Zeitgeist.
- Das Verfahren Sainte-Laguë ist bereits in verschiedenen Kantonen eingeführt worden.

**Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen:** Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und den zuständigen Personen für die vorgelegten Unterlagen. Wir haben bereits in unseren letzten Voten festgehalten, dass uns eine gute und ausgewogene Ausarbeitung wichtiger ist, als ein Durchzwängen eines vorgegebenen Termins noch vor den Gesamterneuerungswahlen in diesem Jahr. Diese Materie ist hochstehend und kompliziert und wir können die dargelegten Punkte unter "6. Inkrafttreten" nachvollziehen und unterstützen den Vorschlag des Gemeinderats, die Inkraftsetzung auf frühestens anfangs 2026 festzulegen.

Weiter erachten wir es auch nicht als ideal, noch vor den Gesamterneuerungswahlen die Stimmbevölkerung mit einer Abstimmung über ein anderes Sitzzuteilungsverfahren zu verwirren. Die Wahlen scheinen allgemein die Wählerschaft bereits ziemlich zu beanspruchen. Darum ist es für uns wichtig, diesen Abstimmungstermin auch nach dem 28. September anzusetzen. Wie wir vom GPK-Referenten gehört haben, sieht dies auch der Gemeinderat so.

Da dies auch zeitlich etwas Luft gibt, würden wir es begrüssen, wenn die Abstimmungsbotschaft nochmals überarbeitet würde. Sie sollte leichter verständlich und sachlicher gestaltet werden. Der Absender der Botschaft ist das Parlament, welche in einem demokratischen Entscheid diese Vorlage mehrheitlich befürwortet hat und der Stimmbevölkerung zur Entscheidung vorlegt.

Unsere Anliegen betreffen insbesondere folgende Punkte:

- Sachverhalte werden ohne Wertung dargestellt und auf Wiederholungen wird verzichtet.
- Die Aussage, bei Exekutivwahlen stehe die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund, wird nicht als Argument gegen Sainte-Laguë im Vergleich zum Hagenbach-Bischoff aufgeführt.
- Die Aussage, die Sitzverteilung sei bei Hagenbach-Bischoff leichter nachzurechnen, als bei Sainte-Laguë, ist zu streichen. Dies scheint uns für die Stimmbevölkerung nicht relevant.

Es scheint uns der bessere Weg zu sein, dass die Botschaft nochmals seitens Gemeinderat und Verwaltung angepasst wird, als dass es ein zweites Botschaftschaos gibt. So wie damals bei der Spez-Sek.-Vorlage und die Redaktionskommission dann ihren Auftrag so unverhältnismässig ausführen muss. Darum unterstützen wir diese Rückweisungsanträge der Mitte-Fraktion. Bei Punkt 1 und 2 interessiert uns dann vor allem auch die definitive Abklärung. Wir bedanken uns bereits im Voraus für die erneuten Abklärungen und Aufwände.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Gerne nehme ich im Namen der Fraktion Grüne und Junge Grüne zu diesem Rückweisungsantrag Stellung, auch wenn wir es sehr bedenklich finden, dass bei einem demokratiepolitisch so wichtigen Thema, der Antrag erst so spät gestellt worden ist.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass es die Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens, so wie es angestrebt wird, nicht braucht. Die Gründe dafür folgen später heute Abend oder zu einem späteren Zeitpunkt in einigen Monaten. Wir sind darum auch grundsätzlich skeptisch, jetzt hier nochmals eine Zusatzschleife zu drehen. Aber das ist nicht der eigentliche Punkt, sondern auch inhaltlich haben wir zum vorliegenden Antrag Fragezeichen:

Ein Zwang gemäss dem ersten Punkt des Antrags ist nicht unbedingt nötig, denn das Risiko, zwei getrennte Listen zu machen, ist aus Sicht der Parteien sowieso relativ gross. Denn es ist viel schwieriger zu kalkulieren, welche Person der Partei dann am Schluss tatsächlich gewählt wird. Das heisst, es ist auch nicht damit zu rechnen, dass dieser Fall sehr häufig zur Anwendung kommen würde. Aber gerade dann, wenn er zur Anwendung kommt und sich als angebracht erweist, sollte es auf keinen Fall verboten werden, dass man mit getrennten Listen antreten kann. Die erste Forderung, die einparteiigen Listenverbindungen obligatorisch zu erklären, führt nicht dazu, dass der Willen der Wahlbevölkerung besser abgebildet wird.

Ich mache ein Beispiel:

Szenario 1 für den Fall mit diesem Zwang, welcher hier gefordert wird: Partei A kommt rechnerisch auf 1.4 Sitze und hat nicht die Option, mit getrennten Listen anzutreten. Partei B kommt auf 0.5 Sitze. Bei Partei A wird abgerundet, bei Partei B wird aufgerundet, es kommen beide auf einen Sitz. Wenn es jetzt diesen Zwang nicht geben würde, dann könnte sich Partei A entscheiden, ob sie das Risiko eingehen und mit zwei getrennten Listen antreten wollen, dann könnte es anstelle von 1.4 Sitze zum Beispiel einmal 0.8 und einmal 0.6 geben. Partei B, da ändert sich nichts, diese kommt weiterhin mit einer Liste, hat 0.5 Sitze. Wenn nun weiterhin diese zwei Sitze zu vergeben sind, dann würde die Partei A mit 0.8 und 0.6, zwei Sitze erhalten, die Partei B keinen Sitz. Wenn man jetzt schaut: Diese 0.8 plus 0.6 ergeben 1.4 Sitze, und wenn man dies vergleicht, dann könnte man sagen, diese 0.8 plus diese 0.5, welche wir zuvor haben, geben nur 1.3. Und jetzt werdet ihr sagen, ja klar, das ist dieselbe Partei - aber wenn es darum geht, den Wähler:innenwillen abzubilden, dann muss man berücksichtigen, dass es ein Unterschied ist, ob ich mich für eine Männer- oder Frauenliste ausspreche, für eine alte oder junge Liste etc., was man dann als getrennte Liste anschauen würde. Dementsprechend ist es fragwürdig, warum genau unter dem Motto, welches Andreas Hauser gesagt hat, jetzt dieser Antrag hier kommt.

Bei Punkt 2 würde uns vorab vor allem interessieren, ob mit der Vorlage des Gemeinderates, das was hier verhindert werden soll, überhaupt möglich wäre. Uns ist dies nicht abschliessend klar und wir sehen in diesem Sinne auch nicht den Bedarf, deswegen eine Rückweisung zu machen und werden darum diesen Punkt ablehnen.

Dasselbe gilt auch für die letzten beiden Punkte. Ich will nicht weiter verlängern, darum lasse ich es dabei bewenden. Seitens Grüne/Junge Grüne werden wir diesen Rückweisungsantrag dementsprechend ablehnen.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Wir wissen alle, da Sitze resp. Personen, welche auf den Sitzen Platz nehmen, sich nicht in Dezimalstellen aufspalten können, diskutieren wir heute über diese beiden Rundungsverfahren beim Sitzzuteilungsverfahren. Auf der einen Seite haben wir das bekannte und bewährte Sitzzuteilungsverfahren nach Hagenbach-Bischoff, ein Divisorverfahren mit Abrundung. Es ist schweizweit verbreitet. Die Gemeinden im Kanton Bern, welche ihr Gemeindeparlament oder ihren Gemeinderat im Proporz wählen, wenden durchwegs dieses Verfahren an. Es wird sogar den Gemeinden im Kanton Bern im Musterreglement empfohlen. Das eine - da sind wir uns wohl alle einig - das eine richtige Proporzwahlssystem das gibt es nicht. Mit dem Hagenbach-Bischoff-Verfahren gibt es eine Abrundung, dort ist inhärent, dass es eine mathematische Verzerrung gibt, aber durch die mehrparteiige Listenverbindungen und dadurch, dass Köniz einen einzigen grossen Wahlkreis mit vielen zu vergebenen Parlamentssitzen ist, wird dies entsprechend aufgehoben.

Auf der anderen Seite haben wir das Sainte-Laguë-Verfahren, ein Divisorverfahren mit Standardrundung. Es kommt für Exekutivwahlen bisher schweizweit – und das überrascht in der Zwischenzeit jetzt einfach niemanden mehr – nirgends zur Anwendung. Und wenn Sainte-Laguë überhaupt zur Anwendung kommt, dann nur für Parlamentswahlen.

Warum ist dies so? Wenn man es differenziert anschaut, kommt es darauf an, ob man ein Legislativgremium mit vielen Sitzen – wie in Köniz mit 40 Sitzen – oder ein Exekutivgremium mit wenigen Sitzen – wie in Köniz fünf Sitze – wählt. In Köniz könnte das Sainte-Laguë für die Exekutive zur Folge haben, dass eine Partei, welche rund dreimal so viele Stimmen hat, wie eine andere, trotzdem je nur einen Sitz im Gemeinderat hätte. Ich glaube, David Müller, das war ein Rechenbeispiel von dir, aus einer früheren Sitzung. Mehrparteiige Listenverbindungen sind im Sainte-Laguë-Verfahren systemwidrig und rechtlich problematisch. Sie müssen darum abgeschafft werden, was natürlich bei einer pluralistischen Parteienlandschaft, wie wir es zum Glück in Köniz haben, erhebliche Nachteile für kleine Parteien bringt. Proporzwahlen sind Verhältniswahlen. Was jetzt bei Exekutivwahlen mit wenigen zu vergebenen Sitzen mit Sainte-Laguë verhältnismässig sein soll, das ist für die SP/JUSO-Fraktion schwer nachvollziehbar.

Darum nochmals: Das eine richtige Proporzwahlssystem gibt es nicht. Die Unterschiede zwischen den beiden Rundungsverfahren sind nicht so gross, dass ein solcher Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens und die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen gerechtfertigt wäre. Sainte-Laguë für Exekutivwahlen ist schweizweit ein Novum, es bringt ziemliche Unsicherheit und Köniz wird damit nicht Rundungspionierin, sondern demokratisches Versuchskaninchen.

Bevor ich zu den Argumenten zur Botschaft komme, welche ich vielleicht im Einzelvotum platziere, noch kurz etwas zum Rückweisungsantrag: Ich habe zuvor gehört, Qualität ist wichtiger, als Timing. Ich hatte vor allem das Gefühl, Timing ist alles. Ich glaube, der Rückweisungsantrag zeigt einfach sehr gut, wo überhaupt das Problem bei der Einführung von Sainte-Laguë liegt: Es gibt keine Erfahrungswerte – in der ganzen Schweiz keine für die Exekutive. Und Köniz wäre die einzige Gemeinde im Kanton Bern, in welcher das Parlament im Sainte-Laguë-Verfahren gewählt würde. Das ist schon einmal eine schwierige Ausgangslage. Was dann aber doch sehr erstaunt, ist, dass bemängelt wird, dass man hier jetzt die ganze Zeit Druck gemacht hat, damit dies noch vor den Wahlen im September vor das Volk kommen kann, nun hat man dies möglich gemacht und jetzt wird bemängelt, dass die Qualität nicht stimmt. Denn statt, dass man sagt, jetzt gibt man genügend Zeit, um diese Punkte, mit welchen man nicht zufrieden ist, abzuklären, wird gleich nochmals eine Frist gesetzt und nochmals zeitlicher Druck aufgebaut. Ich habe das Gefühl, die Qualität steht hier dann doch nicht so sehr im Vordergrund.

Zu Punkt 1 und 2: Ich glaube David Müller, du konntest zu Punkt 1 schon viel zur Klärung beitragen, was ich hier noch festhalten möchte ist: Wir fordern eine punktweise Abstimmung und möchten gerne einen Sitzungsunterbruch am Ende der Debatte.

**Andreas Hauser, GLP:** Zuerst zu David Müller: Die späte Zustellung, dies nehme ich entgegen, das tut mir leid. Auch da stand bei uns die Qualität vor dem Timing. Vielleicht seid ihr aber auch froh: Wir hätten nämlich noch mehr Anträge gehabt.

Dann bin ich froh, dass auch du Géraldine Boesch dich freut, dass wir eine pluralistische Parteienlandschaft haben. Dass dieses Wahlverfahren für Exekutivwahlen nicht verbreitet ist, hat sehr viel damit zu tun, dass ausserhalb des Kantons Bern die Exekutiven im Majorz gewählt werden.

Ich glaube, das wäre es für den Moment, die Pro-Argumente werde ich dann nach der Abstimmung noch mitteilen.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Ich möchte mit einem Zitat beginnen: "Beide Wahlsysteme sind gut, beide Wahlsysteme sind gerecht. Das Hagenbach-Bischoff-Wahlsystem ist ein gutes und gerechtes Wahlsystem und das Pukelsheim-Wahlsystem ist auch ein gutes und gerechtes Wahlsystem". Das sage nicht ich, sondern das sagte der kantonale Berner Staatsschreiber Christoph Auer anlässlich einer ähnlichen Diskussion, welche im Grossen Rat alle vier Jahre stattfindet, nämlich zu einer Umstellung von Hagenbach-Bischoff zum doppelten Pukelsheim. Der Grosse Rat hat bei dieser letzten Debatte, wie auch bei allen anderen – die letzte fand im Herbst 2020 statt – entschieden, den doppelten Pukelsheim nicht einzuführen. Mir ist wichtig, dies hier nochmals zu betonen, auch gerade nach diesen Diskussionen, welche wir zuvor hatten.

Warum ist es wichtig zu sagen - hier und auch in der Botschaft - dass beide Systeme gehen und verfassungskonform sind? Ich möchte, dass die Könizer Stimmbevölkerung weiss, dass sie nicht in einer Gemeinde leben, welche ihre Grundrechte in irgendeiner Art und Weise missachtet und dieses Gefühl könnte man beinahe ein bisschen bekommen, wenn man euch zuhört. Es ist also eine Systemwahl.



Es war die Rede von einem Trend zu Sainte-Laguë oder zum doppelten Pukelsheim und auch das könnt ihr nachlesen: Der Grund, warum einige Kantone in der Vergangenheit umgestellt haben, war meistens nicht – und das sagt auch wieder der Staatsschreiber und nicht ich – der Hintergrund, dass Hagenbach-Bischoff in irgendeiner Art und Weise nicht verfassungskonform wäre, sondern oft hatte es andere Hintergründe und man hat aus anderen Gründen das Wahlsystem reformiert und bei dieser Gelegenheit auch einen Systemwechsel gemacht.

Wir können aus aktuellem Anlass die Beispiele von Basel-Landschaft von gestern nehmen: Da wurde gesagt, dass System sei komplex gewesen, jetzt habe man es dank doppeltem Pukelsheim vereinfachen können. Das System war in Basel-Landschaft komplex, weil man die Wahlkreise zusätzlich noch in Wahlregionen eingeteilt hat und die Ausmittlung über vier Rechenschritte funktioniert hat. Es ist also etwas, das überhaupt nicht vom System abhängig war, sondern einen ganz anderen Grund hatte. Wir haben dieses Problem hier in Köniz nicht. Dies einfach, damit wir auch hier aufpassen, nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, wenn wir über andere Kantone oder über die nationale Ebene sprechen. Man muss immer ganz genau hinschauen, was der Ursprung war, was der Problemdruck dort war und warum man etwas geändert hat. Und meistens ändert man dann nicht nur etwas, nämlich nicht nur, wie man das ganze rundet, sondern es hat noch ganz viele andere Komponente im System.

In Basel-Landschaft haben sie zum Beispiel noch das Quorum von 5%, um gewisse andere Effekte wieder aufzufangen, eingeführt. Hier sprechen wir über Listenverbindungen, welche man abschaffen muss und es ist immer ein Paket mit verschiedenen Massnahmen und es muss am Schluss alles zusammen passen. Also muss man immer sehr gut schauen, dass das Gesamtsystem am Schluss Sinn macht und man kann nicht einfach wahllos Sachen addieren und dann ist es gerecht. Es sind alles verschiedene Komponente des Systems.

Ganz wichtig ist und das wurde bereits gesagt, dass wir hier im Kanton Bern eine Eigenheit haben, nämlich, dass auch die Exekutiven oft in den Gemeinden mit Proporz gewählt werden. Das ist üblich oder zumindest häufig. Das erfolgt immer nach Hagenbach-Bischoff und wenn man das Parlamentssystem in Köniz umstellt, dann stellt man automatisch auch das System für die Exekutive um. So etwas hatte man beispielsweise im Kanton Basel-Landschaft nicht, dort wird die Exekutive selbstverständlich mit Majorz gewählt. Also auch hier muss man sehr gut aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht.

Unseres Wissens – das wurde erwähnt – ist es noch nirgends der Fall, dass man Sainte-Laguë für die Exekutive anwendet und ob Köniz dieses Novum sein soll, liegt jetzt in eurer Hand. Der Gemeinderat hat euch den entsprechenden Antrag vorgelegt, wie ihr dies gewünscht habt und es liegt dann schlussendlich in der Hand der Stimmbevölkerung, darum habt ihr auch eine Botschaft dazu erhalten. Wenn ich jetzt eure Anträge anschau, welche noch reingekommen sind, dann denke ich mir auch, dass inzwischen in den Fraktionen die Erkenntnis gereift ist, dass diese ganz Sache vielleicht nicht ganz so einfach ist, wie dies zu Beginn hier auch schon gesagt wurde, dass dies nur eine kleine Anpassung des Wahlreglements sei. Es ist eben doch etwas mehr. Und das muss man zuerst durchdenken. Und diese Abschaffung der Listenverbindungen, von welchen wir euch vor beinahe einem Jahr bereits gesagt haben, dass diese nötig werden wird, wenn man umstellt, dass dies eben doch noch gewisse Gedankengänge nach sich zieht - ich sehe aber, dass ihr euch diese gemacht habt.

Punkt 1 und 2 sind Änderungen, welche massgeblich sind. Diese kamen zuvor in dieser ganzen Erarbeitungszeit, seit dies eingereicht worden ist, noch nie zur Sprache. Darum muss das sauber abgeklärt werden. Ich habe zwar ein gewisses Verständnis, dass man solche Fragen stellt - wie ich gesagt habe, alle versuchen herauszufinden, was dies bedeuten würde, wenn dieses System umgestellt wird, das verstehe ich absolut – aber ich kann euch zu diesen zwei neuen Themen nicht genau sagen, was diese bedeuten würden. Denn erstens war die Zeit zu kurz, um noch rechtliche Abklärungen zu tätigen und zweitens konnten wir dies auch nicht im Gemeinderat besprechen, was unsere Haltung dazu wäre.

Wenn dies zurückgewiesen wird, dann müssen wir dies sicherlich genauer abklären. Dann würde es sicherlich auch um die Begründung solcher neuer Regelungen gehen, denn beide Rückweisungsanträge sind Einschränkungen des Wahlrechts, also wo wir etwas einschränken, zum Teil sogar verpflichtend einschränken. Und das muss rechtlich immer enorm gut argumentiert werden. Es muss verhältnismässig sein und es braucht ein gewisses öffentliches Interesse in der Begründung. Da müsste man also jetzt sicherlich mal diese Debatte anschauen, was hier genau die Argumente sind, vielleicht bräuchte es auch noch weitere Abklärungen, damit so etwas dann überhaupt umgesetzt werden könnte.

Ich kann euch nicht genau sagen, wie lange dies dauern wird, aber das ist sicherlich nicht etwas, was wir so schnell aus dem Ärmel schütteln können.

Ich würde euch einfach noch gerne die Fristen für Abstimmungsvorlagen der Verwaltung geben, damit ihr ein Verständnis davon habt: Eine Abstimmungsvorlage, welche im November vor das Volk kommt, muss bis am 25. Juni im Gemeinderat behandelt werden. Da könnt ihr schon mal zwei Monate abziehen, bis es hier ist. Das ist die Frist für die Abstimmungsvorlage. Das bedeutet, man muss dies am 16. Juni einreichen und es bedeutet – ich kann es zwar nicht mit Sicherheit sagen, aber wir gehen davon aus - dass es das AGR nochmals vorprüfen muss. Wir können dies gerne versuchen, aber ich kann euch heute nicht versprechen, dass dies reichen wird. Ich habe aber auch gehört: Timing ist nicht alles, die Qualität ist wichtig.

Zur Botschaft sage ich wenig, der Gemeinderat hat selbstverständlich versucht, eine ausgewogene, informative und verständliche Botschaft zu machen. Dass dies je nach Gesichtspunkt oder Meinung anders wahrgenommen wird, liegt aus meiner Sicht in der Natur der Sache. Ich kann sagen, dass der Gemeinderat dies so als ausgewogen empfunden hat und dass es ihm besonders wichtig war, nochmals aufzuzeigen, dass beide Systeme gültig, möglich und verfassungskonform sind. Denn nehmen wir jetzt einmal an, dies würde abgelehnt und die Hälfte der Leute - oder wie viele dies dann gewollt hätten - hätte das Gefühl, bei uns stimmt etwas nicht. Ich denke, dies wäre weder für die Befürworter:innen noch für die Gegner:innen das Ziel der Übung. Die Leute sollen das Vertrauen in unser Wahlsystem haben und darum war es uns als Exekutive wirklich wichtig, der Stimmbevölkerung mitzugeben, dass sie unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung ein verlässliches Wahlsystem haben. Und das macht in unserer Wahrnehmung diese Botschaft auch ausgewogen. Wenn ihr diese zurückweist, werden wir dies nochmals anschauen, da haben wir dann ja auch im Abstimmungsprotokoll gewisse Hinweise und dann müssen wir dies anschauen. Doch es ist keine exakte Wissenschaft, ob etwas ausgewogen ist, sondern vermutlich eine Frage der Position, von wo man darauf schaut.

Ich möchte dem GPK-Referenten noch für die Ausführungen danken, welche er gemacht hat. Da habe ich nichts hinzuzufügen, das waren die Diskussionen der GPK und ich bin auf die Abstimmung gespannt.

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Es wurde ein Antrag auf Sitzungsunterbruch gestellt, wenn ich dies richtig verstanden habe. Wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab.

### **Antrag auf Sitzungsunterbruch**

Dem Sitzungsunterbruch wird zugestimmt.

(Abstimmungsergebnis: Grossmehrheitliche Zustimmung)

### **Beschluss über Rückweisungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament weist das Geschäft mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurück:

1. Einparteiige Listenverbindungen sind obligatorisch. Das heisst: Mehrere Listen derselben Partei bzw. Wählergruppe müssen verbunden werden.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen)

2. Mehrparteiige Listen sind nur zulässig, wenn die an der mehrparteiigen Liste beteiligten Parteien zur selben Wahl (Parlament oder Gemeinderat) ausschliesslich mit genau einer mehrparteiigen Liste antreten.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen)

3. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft ist zu überarbeiten mit dem Ziel bestmöglicher Verständlichkeit und Ausgewogenheit.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen)

Das Parlament lehnt folgenden Punkt des Rückweisungsantrags ab:

4. Das Geschäft wird dem Parlament spätestens für die Sitzung vom 18. August 2025 erneut vorgelegt, so dass das Parlament die Vorlage vor den Gesamterneuerungswahlen 2025 zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden kann.

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dagegen, 15 Stimmen dafür)

PAR 2025/13

## **V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Parallel zum vorliegenden Abschreibungsantrag legt der Gemeinderat dem Parlament die Vorlage "Volksabstimmung, Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments, Änderung Reglement über Abstimmungen" z.H. der Könizer Stimmbevölkerung vor. Damit ist der Auftrag der Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen" umgesetzt und die Motion kann vom Parlament abgeschrieben werden.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 11. Dezember 2024

Der Gemeinderat

### **Beilagen**

- 1) V2222 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Für unverzerzte Proporzahlen", Antwort des Gemeinderats [https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13\\_T05\\_F%C3%BCr%20unverzerzte%20Proporzahlen.pdf?fp=1](https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/20375/2023-03-13_T05_F%C3%BCr%20unverzerzte%20Proporzahlen.pdf?fp=1)

### **Diskussion**

**Zweitunterzeichner, Andreas Hauser, GLP:** Da die Rückweisung überwiesen wurde, macht aus unserer Sicht die Abschreibung im Moment keinen Sinn. Die Abschreibung kann darum gerne erst in der nächsten Runde gemacht werden.

### **Beschluss**

Die Motion wird nicht abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen nicht abschreiben / 17 Stimmen für abschreiben)

**Parlamentspräsident Casimir von Arx:** Die Erfüllungsfrist für diesen Vorstoss läuft noch bis am 13. März 2025. Der Gemeinderat kann ein Gesuch um Verlängerung der Erfüllungsfrist gemäss Art. 61 Abs. 2 des Geschäftsreglements stellen.

PAR 2025/14

**Projekt DigiP (Digitalisierung Personalinformationssystem)**

Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

**1. Ausgangslage**

Mit dem Projekt DigiP werden die Zielsetzungen gemäss Legislaturplanung 2022 – 2025, in Bezug auf die Prozesse im Personalwesen umgesetzt:

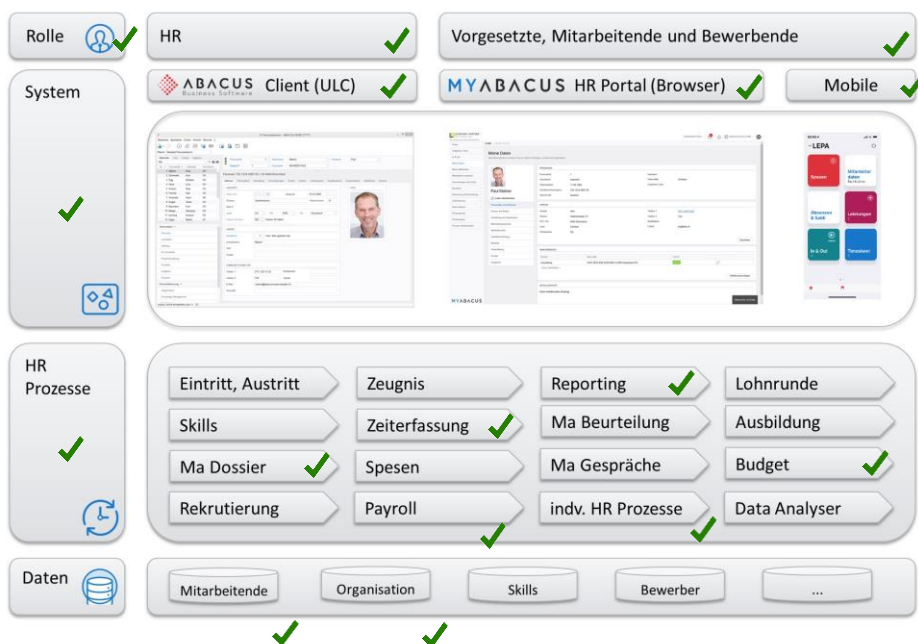
**4.1 Kőniz verfügt über kundenfreundliche und effiziente Prozesse und Dienstleistungen**
**Massnahmen**

4.1.1 Digitalisierung weiter vorantreiben  
(Mensch, Technik, Organisation)

**Indikatoren**

- a) Zuständigkeiten und Abläufe zur Umsetzung der Digitalisierungsprojekte und -vorhaben sind etabliert
- b) Prozesse im Finanz-, Personal-, Sozialwesen und weiteren Bereichen sind den geänderten Rahmenbedingungen angepasst und digitalisiert
- c) Drei zusätzliche digitale Bürger-Services sind eingeführt

Mit der Einführung der Lohnbuchhaltung Abacus auf Anfang Jahr 2020, wurde die Basis für ein digitales Personalinformationssystem geschaffen. Mit dem Einsatz von Standardmodulen und den Prozessgestaltungsmöglichkeiten mittels Workflows, sollen nun möglichst alle HR-Dienstleistungen auf einem System abgebildet werden können. Diese Lösung ist in Gemeinde- und Städteverwaltungen das weitverbreitetste Personalinformationssystem und garantiert somit eine nachhaltige und möglichst kostengünstige Lösung für die Gemeindeverwaltung Kőniz. Das Projekt ist ein wichtiges Digitalisierungsprojekt der Gemeindeverwaltung und Teil des Programms "Verwaltungsreform".

**2. Teilprojekte DigiP 1 und 2****Version 2024 des Personalinformationssystems (Abacus)**

Um das Personalinformationssystem, mit professioneller Unterstützung, weiterentwickeln zu können, hat der Gemeinderat im 2023 den Zuschlag an die Firma Lehmann+Partner Informatik AG, Luzern erteilt. Als Abacus Vertriebs- und Entwicklungspartner sind sie Spezialisten für Lohn, HR-Prozesse und Zeitmanagement, gepaart mit Personalfachwissen.

Vor der Initialisierung der Teilprojekte, wurden Beratungsdienstleistungen für das System bezüglich Schnittstellen, Umsysteme, Security, Backup, Testumgebung etc. beansprucht. Im Anschluss daran, konnte mit den Teilprojekten die Weiterentwicklung zum umfassenden Personalinformationssystems angegangen werden.

In den Teilprojekten 1 und 2 wurde der Fokus, mit Unterstützung der externen Beratungsdienstleistungen, auf die Einführung der gekennzeichneten Standardmodule und deren Abstimmung auf die Bedürfnisse der Gemeinde Köniz (Customizing) gelegt. Vor allem auch mit der Einführung der integrierten Zeiterfassung, konnte eine hohe Usability (Gebrauchstauglichkeit) sichergestellt werden. Der Zugang zum Personalinformationssystem ist nun für rund 750 Mitarbeitende über verschiedene Endgeräte gewährleistet: Arbeitsplatz-PC, Privat-PC (Horizon) sowie Smartphone-App. Die Prozesssteuerung wird über den Stellenplan und die definierten Rollen vollzogen und kann fortlaufend erweitert werden. Die beiden Teilprojekte konnten per 31. Dezember 2024 erfolgreich abgeschlossen werden.

### **Funktionalitäten mit Teilprojekt 1 und 2 per 31.12.2024:**

Sicht Mitarbeitende:

Mitarbeitende können auf folgende Applikationen zugreifen:

- Personaldaten mit ersten Mutationsmöglichkeiten (z.B. Adressänderungen)
- Vollständiges Personaldossier mit Lohnabrechnungen sowie Lohnausweisen
- Dokumente aus dem Umsystem Profilplus (z.B. Mitarbeitendengespräche, Stellenbeschreibung, Anforderungsprofile)
- Zeiterfassung (alle Monatslöhner)

Sicht Vorgesetzte:

Vorgesetzte können auf folgende Applikationen und Daten ihrer direkt unterstellten Mitarbeitenden zugreifen:

- Personalstammdaten sowie Personaldossier (ohne vertrauliche Dokumente)
- Zeiterfassung
- Reporting (z.B. Personallisten, Über-/Unterbelegungsliste, Lohnhistory etc.)
- Aufgaben/Inbox (z.B. Bewilligungsprozesse)

Sicht HR-Management:

- Lohnbuchhaltung (automatische Ablage von Lohnabrechnungen und -ausweisen)
- Budgetierung (Stellenplan)
- Schnittstellen (z.B. Pensionskasse, Finanzbuchhaltung, Profilplus)
- Integrierte Zeiterfassung (keine redundante Datenführung)
- Prozesse (z.B. Adressänderung)
- Individuelle Reportings (z.B. HR-Kennzahlen)

### **3. Teilprojekt DigiP 3**

Im Projekt DigiP3 soll nun der Hauptfokus auf die Weiterentwicklung der HR-Prozesse gelegt werden, damit auch eine effiziente und digitale Arbeitsweise sichergestellt werden kann. Das Ziel ist, das Projekt DigiP mit dem Teilprojekt 3 im Laufe des Jahres 2026 erfolgreich abzuschliessen und das Personalinformationssystem in den Produktivbetrieb zu überführen. Dabei soll auch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Systems sichergestellt werden.

## Übersicht des Handlungsbedarfes innerhalb der 5 HR-Kernprozesse



### Gewinnung

Aktuell wird der Rekrutierungsprozess (Posting von Stelleninseraten, Bewerbungsprozess etc) mit der IT-Lösung Umantis umgesetzt. Dank der Übernahme durch Abacus, findet hier mittelfristig eine automatische Integration statt, welche mit überschaubarem Aufwand auch ausserhalb des Projektes DigiP realisiert werden kann

### Betreuung

Die vielfältigen und umfangreichen HR-Administrationsprozesse sollen soweit wie möglich direkt über das Personalinformationssystem erfolgen (z.B. Vertragserstellung, Anträge für Familienzulage, Unfallmeldungen). Ebenfalls soll die automatisierte Schnittstelle mit der Unfall- und Krankentaggeldversicherung freigeschaltet werden. Das neue Modul Onboarding-Prozess (Eintritt, Austritt) wurde geprüft. Das Standardmodul deckt die vielfältigen Bedürfnisse der Gemeindeverwaltung Köniz ab. Im HR-Betreuungsprozess liegt der Hauptfokus vom Teilprojekt 3.

### Honorierung

Die eingeführte Lohnbuchhaltung sowie die Budgetierung können noch in kleinerem Umfang weiterentwickelt und verbessert werden. Mit der Überarbeitung des Personalrechts wurde ein separates Projekt für die Überarbeitung des Lohnmodells der Gemeindeverwaltung Köniz angestossen. Dabei werden auch alle Lohninstrumente überarbeitet und soweit wie möglich in das Personalinformationssystem integriert werden. Die jährliche Lohnrunde soll ebenfalls direkt im System vorgenommen werden können.

### Entwicklung

Die Prozesse der Personalentwicklung (Mitarbeitergespräch, Probezeitgespräch, Stellenbeschreibung, Anforderungsprofil etc.) werden in der Lösung Profiplus elektronisch abgebildet. Ein automatischer Transfer in das elektronische Personaldossier wurde realisiert. Die Lernangebote und die entsprechende Kursverwaltung werden über das Learning Management System abgewickelt. Innerhalb des Teilprojektes 3 werden noch die Schnittstellen zu den zwei Systemen weiter optimiert.

### Trennung

Das Arbeitszeugnismodul soll ebenfalls noch im Teilprojekt 3 umgesetzt werden, da hier mit einem grösseren Effizienzgewinn zu rechnen ist.

## 4. Finanzen

Für das Teilprojekt DigiP 3, wird dem Parlament mit vorliegendem Antrag ein zusätzlicher Kredit im Umfang von CHF 85'000 beantragt, womit der Gesamtaufwand für das Projekt DigiP

|   |                       |
|---|-----------------------|
| - DigiP 1 und 2 (vom Gemeinderat bereits bewilligt) | CHF 195'000.--        |
| - DigiP 3 (Antrag an das Parlament)                 | CHF 85'000.--         |
| - <b>Total</b>                                      | <b>CHF 280'000.--</b> |

beträgt.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für Beratungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung vom Digitalen Personalinformationssystem (DigiP 3) wird ein Verpflichtungskredit von CHF 85'000 zu Lasten Konto 5700.5200.00080 bewilligt.

Köniz, 18. Dezember 2024

Der Gemeinderat

## Beilage

- Folgekostentabelle

## Diskussion

**GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte:** Mit dem Projekt DigiP werden alle Personalprozesse digitalisiert. Die Gemeinde Köniz hat sich mit Abacus für ein Standardmodul entschieden, welches bereits in verschiedenen Städten und Gemeinden genutzt wird. Dieses DigiP soll im Laufe des Jahres 2026 abgeschlossen werden. Danach gibt es nur noch Entwicklungen im operativen Betrieb. Da die ehemalige Software für die Lohnbuchhaltung wegen eines Konkurses der Firma dringend abgelöst werden musste und nur Abacus in Frage kam, hat man den Auftrag damals freihändig vergeben.

Wir hatten in der GPK einige Frage gestellt und Antworten erhalten, ich gehe darauf ein:

Was umfasst das noch zu finanzierende Teilprojekt ganz konkret? Es sind folgende Prozesse vorgesehen:

- On- und Off-Boarding
- Arbeitszeugnisse
- Unfall- und Krankheitsmanagement
- Ablösung der Erfassung der Stundenrapporte mit der Zeiterfassung
- Schnittstelle zu LMS
- Autorisierungsprozesse Aus- und Weiterbildung

Das sind die Punkte, welche noch dazukommen.

Was passiert, wenn wir den Kredit hier ablehnen? Das Legislaturziel wird bezüglich Digitalisierung der Personalprozesse nicht vollständig erreicht und auch in Bezug auf den Effizienzgewinn und Professionalisierung kann das Ziel nicht erreicht werden.

Mit der letzten Einführung im Werkhof per 1.1. diesen Jahres, erfassen jetzt alle Mitarbeiter ihre Arbeitszeiten auf Abacus. Neu dazugekommen sind noch die Mitarbeitenden der Tagesschulen, das sind etwa 150 Personen. Diese hatten bisher manuelle Arbeitsrapporte ausgefüllt. Das bisherige Zeiterfassungssystem Presento wird Ende Februar abgeschaltet und die entsprechenden Stempeluhren werden demontiert. Mit der Integration der Zeiterfassung in das Personalinformationssystem Abacus werden die Betriebskosten eingespart und es müssen keine redundante Daten mehr geführt werden. Die Datenschutzsicherheit wurde mit dem Datenschützer angeschaut. Die Daten sind beim Informationszentrum der Gemeinde Köniz gespeichert.

Die Mitarbeitenden und Führungsverantwortlichen der Gemeinde Köniz werden mit den entsprechenden Dokumentationen ausgerüstet und geschult. Das Programm ist sehr intuitiv, jede Führungsperson hat ausserdem eine zugewiesene HR-Beraterin und bei der Zeiterfassung gibt es Zeiterfassungsverantwortliche. Alle Mitarbeitenden können ihre Zeit auf dem PC, via App oder über die neuen Stempeluhren erfassen.

Die Betriebskosten des Programms laufen über einen Service und die jährlichen Betriebskosten für Abacus werden mit CHF 25'000 beziffert.

Was haben wir in der GPK diskutiert? Als sehr positiv haben wir bewertet, dass sich die Gemeinde mit Abacus für eine Standard-Lösung entschieden hat und nicht jeder Wunsch, welcher noch aufkommen könnte, damit erfüllt wird und teuer machen würde. Bemängelt haben wir, dass ein allfälliger zukünftiger vierter Schritt nicht berücksichtigt worden ist und dass dies allenfalls mit den vorliegenden Kreditkompetenzen zu tun haben könnte.

Zu den Beschlüssen:

- Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen inklusive der Informationen, welche ich jetzt erwähnt habe und welche wir an der Sitzung erhalten haben, vollständig vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Auch dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** DigiP, das ist nicht der Name des neuen Roboterhundes des Parlamentspräsidenten, das ist ein Digitalisierungsprojekt für die Gemeindeverwaltung, so wie sich die Grünen/Jungen Grünen dies vorstellen und auch in der Vergangenheit gefordert haben. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates darum einstimmig zu.

Unsere Gründe – Toni Eder hat es bereits gesagt, ich wiederhole diese nicht nochmals. Die zuständigen Fachleute haben sich umgeschaut und eine Lösung gewählt, welche sich bereits in vielen anderen Gemeinden bewährt hat. Die Standardlösung hat Toni Eder bereits erwähnt. Die bereits eingeführten Module sind von den Mitarbeitenden gut akzeptiert und andere Programme, welche in gewissen Direktionen beispielsweise für die Zeiterfassung noch im Einsatz sind, werden alle abgeschaltet und mit der neuen Lösung abgelöst.

Die Fachleute der Gemeinde haben sich Gedanken zur sicheren Datenspeicherung gemacht, damit auch der Datenschutz gewährleistet ist. Und mit dem DigiP sind in Zukunft alle Daten eines Personaldossiers an einem Ort und es gibt keine Schattendossiers mehr. Da könnte sich manch andere Verwaltung eine Scheibe davon abschneiden.

Die Grünen/Jungen Grünen haben noch darüber diskutiert, dass dies hier jetzt wirklich ein sehr operatives Geschäft ist und man das Parlament eigentlich von solchen Geschäften entlasten sollte. Wir finden, man könnte durchaus einmal darüber reden, die Kreditkompetenz des Gemeinderates anzuheben. Mit CHF 200'000 kommt man längstens nicht mehr gleich weit, wie zu Zeiten, als diese Schwelle beschlossen worden ist.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Danke dem GPK-Referenten, welcher das Geschäft bereits sehr gut vorgestellt hat und danke der Referentin der Grünen-Fraktion für das Lob.

Ich möchte nur ganz kurz etwas hinzufügen: Das Schöne an diesem Antrag ist, er ist zwar operativ, das stimmt, aber damit können wir euch einmal ausserhalb des Reportings zu den Legislaturzielen zeigen, was in der Verwaltung gearbeitet wird und wie gewisse Sachen auch wirklich voran kommen. Wir haben hier schon oft über Digitalisierung gesprochen und das ist jetzt ein konkretes Projekt, welches tatsächlich funktioniert und welches in der Verwaltung auch angewendet wird. Und ich denke, es ist auch einmal schön, dies zu sehen und nicht nur immer erst dann darüber zu sprechen, wenn es Schwierigkeiten gibt, sondern dass man auch einmal etwas sehen kann, was funktioniert und vielleicht auch einmal sieht, was wirklich konkret gemacht wird.

Auch wenn ich natürlich ansonsten der Grünen Referentin absolut Recht gebe, dass man dieses Thema einmal angehen sollte.

Ich möchte auch der GPK für die gute Aufnahme danken und natürlich der Verwaltung, insbesondere der Personalabteilung, welche dies umgesetzt hat, aber auch allen Mitarbeitenden. Denn es braucht auch immer eine Umstellung. Es ist zwar einfacher, aber die Umstellung ist meistens ein Moment, welcher etwas anstrengender ist und man sich wieder neu eingewöhnen muss. Auch kommen Fragen auf und das ist wirklich sehr offen angenommen worden und es freut mich, dass wir hier als Gemeinde Köniz einen Digitalisierungsschritt weitergekommen sind.

## Beschluss

Für Beratungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung vom Digitalen Personalinformationssystem (DigiP 3) wird ein Verpflichtungskredit von CHF 85'000 zu Lasten Konto 5700.5200.00080 bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr)



PAR 2025/15

## **Haltestellen Linie 10, hindernisfreie Umgestaltung, zusätzliche Projektelemente und Mehrkosten**

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

### **1. Ausgangslage**

Voraussichtlich ab Mitte 2026 werden auf der Linie 10 zwischen Bern Bahnhof und Köniz Schliern elektrisch betriebene Doppelgelenktrolleybusse eingesetzt. Im Zuge dieser Umstellung auf fossilfreie Fahrzeuge werden in Köniz sämtliche Haltestellen der Linie 10 hindernisfrei ausgestaltet und damit die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) erfüllt. Im Februar 2023 hat das Köni-zer Parlament einen Kredit von CHF 2,3 Mio. (inkl. MWST) für die hindernisfreie Umgestaltung von sieben Haltekanten an vier Haltestellen in Verantwortung der Gemeinde bewilligt: an den Haltestellen Hessesstrasse, Liebefeld Park und Brühlplatz (je zwei Haltekanten) sowie an der Endstation in Schliern (eine Haltekante). Dem [damaligen Antrag](#) sind die gesetzlichen Grundlagen, das Angebotskonzept, die Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung sowie das verabschiedete Projekt zu entnehmen.

Im Laufe der Ausführungsplanung bis Herbst 2024 hat BERNMOBIL die Arbeiten für die Ladeinfrastruktur für Elektrobusse an der Endhaltestelle Schliern präzisiert. Die nötige Infrastruktur sowie Platzbedürfnisse seitens BERNMOBIL wurden im Detail geprüft und festgelegt. Der Entscheid für den Bau der Ladeinfrastruktur wurde bestätigt. Aufgrund des nun feststehenden Umfangs der Arbeiten seitens BERNMOBIL bietet sich für Köniz die Gelegenheit, Synergien zu nutzen und die Haltestelle nicht nur hindernisfrei umzubauen, sondern gegenüber dem Ist-Zustand aufzuwerten. Zusätzlich soll im Rahmen des Projektes ein neuer Holzbau mit Wartebereich, Technikzentrale, WC-Anlage und gedeckten Veloabstellplätzen erstellt werden. An den Kosten des Holzbaus beteiligt sich BERNMOBIL zur Hälfte, da das Unternehmen (Mit-)Auslöser der Arbeiten ist. Eine koordinierte Planung und parallele Realisierung macht es möglich, eine kompakte und in den Bestand eingepasste Infrastruktur für die Endhaltestelle zu realisieren.

Zudem hat sich während der Ausführungsplanung gezeigt, dass es sinnvoll und effizient ist, bei der öffentlichen Beleuchtung und den Wartehallen der betroffenen Haltestellen absehbar notwendige Sanierungs- und Ergänzungsarbeiten in das Projekt aufzunehmen. Mit der gleichzeitigen Ausführung der Arbeiten können Synergien genutzt sowie die Anlagen zeitgemäss und störungsfrei weiter betrieben werden. Weiter prüften die Fachleute, wo und wie zusätzliche Flächen entsiegelt werden könnten. Diese zusätzliche Entsiegelungsmassnahmen entsprechen Wünschen aus dem Parlament. Mit dem beantragten Kredit können an drei Haltestellen zusätzliche Flächen entsiegelt und Begrünungen realisiert werden.

Diese Massnahmen waren nicht Teil des beschlossenen Kredites. Der Gemeinderat legt die zusätzlichen Projektelemente dem Parlament je als einzelne Kreditbeschlüsse vor. So hat das Parlament die Möglichkeit, das Projekt mit den in den Augen des Gemeinderates sinnvollen Zusatzelementen zu ergänzen. Die Kosten für zusätzliche Projektelemente belaufen sich insgesamt auf CHF 601'000 (inkl. MWST).

Neben den Kosten für zusätzliche Projektelemente haben sich in der Ausführungsplanung auch Mehrkosten auf bestehenden Projektelementen ergeben (mehr Belagsarbeiten, Baustelleneinrichtung, Entwässerung sowie mehr Verkehrsdienst). Zudem soll die externe Bauherrenunterstützung während der Ausschreibung und der Ausführung des Projekts die Projektpartner BERNMOBIL und Köniz stärker unterstützen. Diese Mehrkosten auf bestehenden Projektelementen belaufen sich auf CHF 252'000 (inkl. MWST).

Die zusätzlichen Projektelemente sowie die Mehrkosten auf bestehenden Projektelementen verursachen Kosten von gesamthaft CHF 853'000 (inkl. MWST).

## 2. Zusätzliche Projektelemente und Mehrkosten

### 2.1. Endhaltestelle Schliern

BERNMOBIL muss an der Endhaltestelle Schliern die baulichen Voraussetzungen für die Installation einer Ladeinfrastruktur für die Elektrobusse schaffen. Vor diesem Hintergrund haben sich die Gemeinde Köniz und BERNMOBIL dazu entschieden, die Haltestelle grundlegend zu erneuern, da die heutige Situation mit dem von der Haltekante zurückversetzten Wartehäuschen, grosser Asphaltfläche und Veloabstellplätzen auf der gegenüberliegenden Strassenseite nicht mehr zeitgemäss ist. Zu den bereits heute wild angeordneten Elementen würde von BERNMOBIL zusätzlich eine Trafo-Station für die Ladeinfrastruktur gebaut. Im ursprünglichen Projekt war seitens Gemeinde einzig geplant, an der Endstation Schliern die Haltekante zu erhöhen. Mit dem definitiven Entscheid zum Bau der Ladeinfrastruktur bietet sich die Möglichkeit zur Nutzung von Synergien und einer Verbesserung der Gesamtsituation.

Neu ist ein Holzbau mit Stahlstützen vorgesehen, welcher einen Wartebereich, 19 gedeckte Veloabstellplätze, eine Elektrozentrale und eine WC-Anlage umfasst. Das Dach wird extensiv begrünt. Der neue Holzbau soll weiter vorne Richtung Strasse angeordnet werden als die heutige Wartehalle, dies aus bestimmtem Grund: Wegen der neuen, grösseren Doppelgelenktrolleybusse muss die Linienführung im Dörfliweg zum Einbiegen in die Muhlernstrasse begradigt werden (Details siehe Plan unten). Mit der Beibehaltung des heutigen Wartehallenstandorts würde sich die Distanz zwischen Wartehalle und neuer Haltekante vergrössern und eine unverhältnismässig grosse Asphaltfläche entstehen. Neben dem neuen Holzbau hingegen können grössere Flächen entsiegelt und vier neue Bäume gepflanzt werden. Die bestehende Wartehalle und die WC-Anlage, welche sich auf privatem Grund befinden, werden rückgebaut und die freiwerdenden Flächen ebenfalls begrünt. Da BERNMOBIL Mitauslöser der Massnahmen an der Endhaltestelle ist, werden die Kosten für die Erstellung des Gebäudes geteilt. Der beantragte Kredit umfasst die Kosten, welche der Gemeinde Köniz entstehen.



Abbildung 1: heutige Situation an der Endhaltestelle Schliern.



Abbildung 2: Visualisierung neue Haltestelle Schliern.

Eine weitere Visualisierung der Endhaltestelle ist in Beilage 1 ersichtlich.

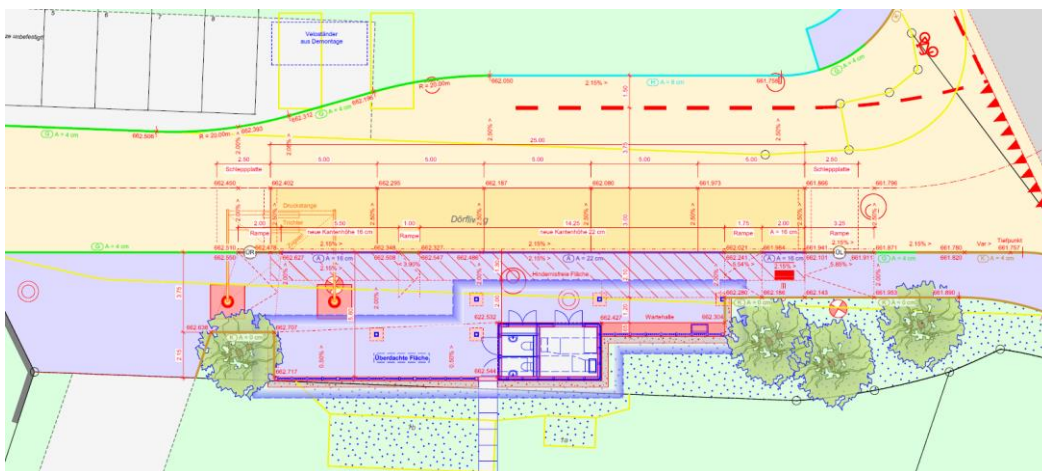


Abbildung 3: Situationsplan der neu geplanten Endhaltestelle Schliern. Die heutige Linienführung und die heutigen Bauten sind anhand der gelben Linien zu erkennen. Ohne die neue Wartehalle würde die Asphaltfläche zwischen heutigem Wartebereich und neuer Haltekante deutlich vergrössert.

## 2.2. Entsiegelungen und Aufwertungen im Haltestellenbereich

Im ursprünglichen Projekt waren keine zusätzlichen Entsiegelungsmassnahmen vorgesehen. Aus der GPK und im Parlament war rund um die Kreditbewilligung der Wunsch nach Entsiegelungen an den betroffenen Haltestellen geäussert worden. Dieser Wunsch entspricht der Haltung des Gemeinderats, welcher sich der Wichtigkeit von Klimaanpassungsmassnahmen bewusst ist. Die zuständige Direktion Planung und Verkehr (Abteilung Verkehr und Unterhalt) hat nun in der Ausführungsplanung Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen geprüft und definiert:

### Haltestelle Brühlplatz

An der Ecke Schwarzenburg-/Wabersackerstrasse (siehe rechts) soll ein neues, kleines Parklein errichtet werden. Es besteht zum einen aus Grünflächen mit Bepflanzungen von 50 cm und 100 cm, zum anderen aus chaussierten Flächen. Der bereits existierende Baum wird in das Parklein integriert, zwei weitere Bepflanzungen werden umgesetzt. Der Gang mit den bestehenden Sitzflächen im künftigen Parkbeist noch offen, möglicherweise werden sie leicht verschoben. Das vorbeiführende Trottoir bleibt in seiner Breite erhalten.



Bild Die-zwi-Kies-inte-Um-reich Das

Abbildung 2: Bereich des neuen Parkleins neben der Haltestelle.



Abbildung 3: Ideenskizze des neu geplanten Parkleins an der Ecke Schwarzenburg-/Wabersackerstrasse. (Die Abbildung zeigt stilisierte Bäume, die Art der Bepflanzung ist jedoch noch nicht festgelegt).

### Haltestelle Hessestrasse

An der Haltestelle Hessestrasse stadteinwärts muss die Linienführung für die neuen Doppelgelenktrrolleybus begradigt werden. Dadurch vergrößert sich die Fläche zwischen der Wartehalle an der Hausmauer und der neuen Haltekante. Dies erlaubt, zwei neue Grünflächen zu schaffen. Eine durchgehende Begrünung ist nicht möglich, weil die direkte Verbindung zwischen Wartehalle und Haltekante hindernisfrei bleiben muss.



Eine weitere Grünfläche entsteht in der Ecke Schwarzenburg-/Hessstrasse direkt am Kreisel. Eine möglich Baumpflanzung wurde geprüft, aufgrund der vielen Werkleitungen im Boden muss jedoch darauf verzichtet werden.

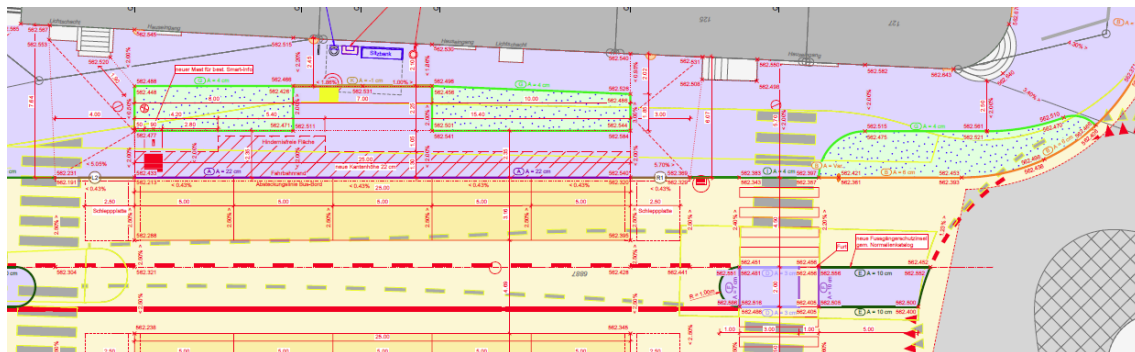


Abbildung 4: Situationsplan Haltestelle Hessstrasse mit den drei neu zu schaffenden Grünflächen.

#### Haltestelle Schliern

Die zusätzlichen Entsiegelungsmassnahmen sind oben (Kap. 2.1) ausgeführt.

### 2.3. Zusatzarbeiten an den bestehenden Wartehallen

Die Arbeiten an den Haltekannten sollen dazu genutzt werden, gleichzeitig verschiedene Defizite an den Wartehallen zu beheben. So sollen defekte Scheiben und Sitzbänke repariert oder ausgetauscht werden. Die Glaseinfassungen der Rück- und Seitenwände sollen nach heutigem Standard befestigt und freiliegende Kabel neu verlegt werden. Die Wartehallen werden für die Montage eines Hausanschlusskastens für den Ticketautomaten angepasst und wo nötig werden Stahlteile ersetzt. Die teilweise zu klein dimensionierten Regenrinnen an den Wartehallen werden vergrössert, damit das Regenwasser nicht mehr in die Konstruktion der Wartehallen eindringen und Schäden anrichten kann. Da die Ausführungsplanung gezeigt hat, dass die Wartehallen ohnehin demontiert werden müssen, ist es sinnvoll, die genannten Arbeiten im Zuge dieser Demontage auszuführen.



Abbildung 5: Verschiedene Schäden und Defizite an den Wartehallen sollen behoben werden.

### 2.4. Bereinigungen öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Projekts für die Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse werden bestehende Kandelaber der öffentlichen Beleuchtung teilweise durch Fahrleitungsmasten verdrängt, zudem müssen alte Kandelaber ersetzt werden. Das bedeutet, dass gewisse Kabel der öffentlichen Beleuchtung neu verlegt werden müssen. In der Ausführungsprojektierung hat sich gezeigt, dass einzelne Abschnitte der Kabeltrassen, in denen die Kabel geführt werden, veraltet sind und neue Kabel kaum mehr eingezogen werden können (siehe Bild nebenan). Es ist deshalb sinnvoll, im Zuge der Umbauarbeiten an der Haltekante und den damit verbundenen Belagsarbeiten die veralteten Kabeltrassen mit einem neuen Kabel-



Abbildung 6: alte der Kabeltrasse.

Schächte und Anschlüsse nötig. Und schliesslich werden bestehende Leitungen, welche heute durch privaten Grund führen, neu in den öffentlichen Strassenkörper verlegt.

## 2.5. Mehrkosten auf bestehenden Projektelementen und Bauherrenunterstützung

Neben den zusätzlichen Projektelementen haben sich im Laufe der Ausführungsplanung Mehrkosten auf bestehenden Projektelementen ergeben. So müssen bei der Haltestellenentwässerung Einlaufschächte verstärkt respektive in grösserem Ausmass neu gebaut und Leitungen verlegt werden. Der Verkehrsdienst während der Bauphase wird komplexer als ursprünglich angenommen. Weiter hat sich gezeigt, dass umfassendere Belagsarbeiten im Haltestellenbereich sinnvoll sind, um Niveauunterschiede auszugleichen. Zudem ergeben sich Mehrkosten bei der Baustelleneinrichtung.

Aufgrund der Komplexität des Projektes und dem gestiegenen Koordinationsbedarf zwischen BERNMOBIL, der Gemeinde sowie den Auftragsnehmern soll der Umfang der Bauherrenunterstützung für die Phasen Ausschreibung und Realisierung erweitert werden. Konkret sollen auch die bautechnische Baubegleitung vor Ort sowie die bodenkundliche Baubegleitung durch die externe Unterstützung abgedeckt werden. Das bisherige Mandat für diese Phasen beinhaltete einzig die Koordination zwischen allen Beteiligten, Qualitätsmanagement und Terminplanung, Sitzungswesen, Durchführung Submission sowie das Kostencontrolling.

## 1. Finanzen

Im Februar 2023 hat das Parlament für die hindernisfreie Umgestaltung von sieben Haltekanten an vier Haltestellen in Verantwortung der Gemeinde einen Kredit von CHF 2,3 Mio. (inkl. MWST) bewilligt. Für die Umsetzung der in Kap. 2 beschriebenen Zusatzelemente und Mehrkosten fallen folgende Kosten an (alle Beträge inkl. MWST 8,1%, gerundet):

|                                   |             |
|-----------------------------------|-------------|
| Endhaltestelle Schliern           | CHF 274'000 |
| Entsiegelungen / Begrünungen      | CHF 170'000 |
| Wartungsarbeiten Wartehallen      | CHF 75'000  |
| Öffentliche Beleuchtung           | CHF 82'000  |
| Mehrkosten Projekt                | CHF 182'000 |
| Mehrkosten Bauherrenunterstützung | CHF 70'000  |

**Total beantragte Mehr- und Zusatzkosten (inkl. MWST, gerundet) CHF 853'000**

In den beantragten Krediten sind keine Reserven eingeplant. Allfällige unerwartete Kosten müssten durch eine Verzichtplanung aufgefangen werden.

## IAFP

Im IAFP 2023 waren für dieses Projekt insgesamt CHF 2.7 Mio. eingestellt (2022: CHF 600'000 / 2024: CHF 300'000 / 2025 CHF 1.8 Mio.). Dieser Betrag wurde mit dem 2023 beschlossenen Kredit von 2.3 Mio. nicht ausgeschöpft. Da sich die zusätzlichen Projektelemente sowie die Mehrkosten auf den bestehenden Projektelementen erst im Rahmen der Ausführungsprojektierung konkretisierten, waren die Kosten in der Budgetierungsphase nicht absehbar. Entsprechend sind in der aktuellen IVP keine über den beschlossenen Kredit hinaus gehenden Gelder eingestellt.

## Überblick Gesamtkredit

Für das Projekt zur hindernisfreien Umgestaltung von sieben Haltekanten an vier Haltestellen ergibt sich neu folgender Gesamtkredit (alle Beträge inkl. MWST):

|   |                             |
|---|-----------------------------|
| Bewilligter Kredit Gemeinderat Vorprojekt                 | CHF 181'000                 |
| Bewilligter Kredit Parlament (13. Februar 2023)           | CHF 2'300'000               |
| Beantragte Kredite für Mehr- und Zusatzkosten (insgesamt) | CHF 853'000                 |
| <b><u>Gesamtkredit Projekt (inkl. MWST, gerundet)</u></b> | <b><u>CHF 3'334'000</u></b> |

## 2. Weiteres Vorgehen, Termine

Die Ausführungsplanung befindet sich in der Abschlussphase, die Baumeisterarbeiten wurden zusammen mit BERNMOBIL beschafft. Bei Baustart ab Anfang 2025 werden vorerst Installationsarbeiten ausgeführt.

Die Umgestaltung der Haltestellen erfolgt in der Reihenfolge Brühlplatz, Liebefeld Park, Hessesstrasse, Schliern und dauert voraussichtlich von März bis Ende 2025. Pro Haltestelle sind rund zwei Monate Bauzeit geplant. Ende 2025 sollen die Arbeiten an den Haltestellen abgeschlossen sein. Für die beantragte neue Endhaltestelle Schliern ist mit der Baubewilligung Ende Sommer 2025 zu rechnen. Die Arbeiten werden – die Zustimmung des Parlaments vorausgesetzt – im Herbst 2025 gestartet.

Das Gesamtprojekt für die Umstellung auf elektrisch betriebene Doppelgelenktrolleybusse wird bis Mitte 2026 umgesetzt. Die Planungsarbeiten werden unter Berücksichtigung der beantragten Zusatzelemente weiter vorangetrieben. So kann der Zeitplan aller Projektbeteiligter eingehalten werden. Sollten die Zusatzelemente nicht bewilligt werden, so hätte dies Umplanungsarbeiten zur Folge. Diese gefährden den Projekterfolg nicht.

### 3. Folgen bei Ablehnung

Das Projekt würde wie vom Parlament im Februar 2023 bewilligt umgesetzt.

Das Parlament würde auf die Aufwertung der Endhaltestelle Schliern und mit dem Holzbau auf einen Mehrwert in Schliern gegenüber der heutigen Situation verzichten. Eine gemeinsame Erstellung des neuen Holzbau-Gebäudes an der Endhaltestelle mit BERNMOBIL und entsprechender Kostenteilung wäre nicht mehr möglich. Künftige Arbeiten an der Endhaltestelle würden deutlich teurer, da die Gemeinde dann alleinige Verursacherin der Arbeiten wäre.

Die vom Parlament und von der GPK gewünschten Zusatzmassnahmen für Entsiegelung und Begrünung würden nicht realisiert. Dies würde dem Bestreben der Gemeinde, mit Klimaanpassungsmassnahmen die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu steigern, widersprechen.

Die spätere Ausführung der absehbar nötigen baulichen Zusatzmassnahmen wäre deutlich teurer, da z.B. für die Werkleitungsarbeiten der Belag erneut aufgebrochen werden müsste. Die Defizite der Wartehallen könnten nicht behoben und auf den neusten Stand gebracht werden. Und für Reparaturarbeiten könnten Synergien nicht genutzt werden.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Endhaltestelle Schliern" - einen Kredit von CHF 274'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".
2. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Entsiegelungen und Aufwertungen im Haltestellenbereich" - einen Kredit von CHF 170'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".
3. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Zusatzarbeiten an den bestehenden Wartehallen" - einen Kredit von CHF 75'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".
4. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Bereinigungen öffentliche Beleuchtung" - einen Kredit von CHF 82'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".
5. Das Parlament beschliesst für Mehrkosten und die Bauherrenunterstützung bei der hindernisfreien Umgestaltung von sieben Haltekanten im Rahmen der Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10 einen Nachkredit von CHF 252'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

Köniz, 08. Januar 2025

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Visualisierung Endhaltestelle Schliern
- 2) Kostenzusammenstellung zusätzliche Projektelemente und Mehrkosten
- 3) Folgekostentabelle

## Diskussion

**GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne:** Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die anschaulichen Unterlagen und die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Die GPK ist einstimmig der Meinung, die nötigen Unterlagen liegen vor, damit das Parlament über dieses Geschäft befinden kann.

Beinahe vor genau zwei Jahren haben wir hier im Parlament aufgrund des Vorprojekts für die hinderisfreie Umgestaltung von vier Haltestellen der Linie 10 einen Kredit über CHF 2.3 Mio. freigegeben. Jetzt liegt das Ausführungsprojekt bereit und der Gemeinderat beantragt uns dafür gut CHF 800'000 mehr.

Wie kommt es dazu? Wenn ihr schon einmal etwas umgebaut habt, kennt ihr das: Man will neue Fenster machen, merkt dann aber, dass es schlau wäre, wenn doch schon ein Gerüst steht, auch gleich die Fassade neu zu streichen. Stichwort: Synergien nutzen. Das ist auch hier das Thema. Geht man vom ursprünglich bewilligten Projekt aus, geht es hier zuallererst um die Mehrkosten, z.B. für die Bauherrenunterstützung und aufwändigere Verkehrssicherungsmassnahmen, das sind CHF 252'000 und entspricht dem Antrag 5.

- Hier empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, diesen Antrag zu unterstützen.

Die Anträge 1 bis 4 sind hingegen zusätzliche Vorhaben, welche vor zwei Jahren noch nicht Teil dieses Projektes waren, aber eng damit verknüpft sind und eben Synergiepotential haben und gegenüber dem ursprünglichen Projekt einen bestimmten Mehrwert bieten.

Beim Planen hat man in der Zusammenarbeit mit BERNMOBIL gemerkt, dass es Sinn machen würde, an der Endhaltestelle in Schliern ein ästhetisch befriedigendere Wartehalle aus Holz zu bauen, als die heutigen verschiedenen Unterstände und WC-Kabinen. Die WC's sind übrigens für die Chauffeusen und Chauffeure und werden von BERNMOBIL bezahlt und unterhalten. Mit dieser neuen Endhaltestelle könnte man diesen Ort aufwerten und für die Bevölkerung von Schliern ein erstes Zeichen einer Aufwertung im öffentlichen Raum setzen. Kostenpunkt: CHF 274'000. BERNMOBIL bezahlt auch nochmals so viel. Aufgrund der Diskussion in der GPK hat die Verwaltung noch gerechnet, was denn die Einsparung wäre, wenn man statt des neuen Baus einzelne Wartehallen, WC-Anlagen, Velounterstände und Elektrozentrale für den Bus bauen würde. Sie kommen so auf Einsparungen von rund CHF 20'000.

- 6 GPK-Mitglieder empfehlen dem Parlament, dem Antrag 1 für die städtebauliche Aufwertung zuzustimmen, 1 Mitglied empfiehlt die Ablehnung.

Das Parlament hat sich in der letzten Sitzung in der Diskussion verschiedener Strassenprojekte für Entsiegelungen ausgesprochen. Hier hat der Gemeinderat gut zugehört und darum im Ausführungsprojekt geprüft, ob und wo man Boden entsiegeln könnte. Bei den Haltestellen Hessgut, Brühlplatz und Schliern wurde er fündig und das Preisschild für diese Massnahmen beträgt CHF 170'000. Wie die GPK erfahren hat, sind diese Massnahmen nicht nur, um der Hitze entgegen zu wirken geeignet, sondern auch, damit das Regenwasser besser gespeichert und wieder abgegeben werden kann – Stichwort: Schwammstadt. Für das würden auch die verhältnismässig kleinen entsiegelten Flächen in diesem Projekt ihre Wirkung zeigen.

- 4 GPK Mitglieder empfehlen dem Parlament den Antrag 2 zu unterstützen, 1 Mitglied hat sich enthalten und 2 Mitglieder empfehlen eine Ablehnung.

Wenn man diese Haltestellen baut, muss man die bestehenden Wartehallen auseinander nehmen und wieder zusammensetzen. Wenn man hier schon dran ist, möchte der Gemeinderat noch einige Mängel beseitigen, beispielsweise Scheiben und Sitzbänke flicken, neuer Elektroanschluss für die Billette-Automaten einbauen und grössere Regenrinnen montieren. Das betrifft Antrag 3 und dieser kostet CHF 75'000.

- Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag 3 zuzustimmen.

Und schliesslich beantragt der Gemeinderat dem Parlament wegen der nötigen Arbeiten an den Kanälen und bei den Stromleitungen - auch beim Kabeltrasse - Ordnung zu machen und neue Kabelschutzrohre einzubauen, damit die neuen Leitungen gut eingezogen werden können. Aktuell ist dies nicht überall möglich, wie ihr auf dem Bild in den Parlamentsunterlagen unschwer sehen könnt.

- Auch diesen Antrag 4 empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig zur Annahme.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Gasser, Junge Grüne:** Uns liegt ein Kredit für die Umgestaltung der Bushaltestellen auf der Linie 10 vor. Mit diesem soll zusätzlich zur hindernisfreien Gestaltung dieser Haltestellen, welche ja bereits bewilligt sind, auch eine Umgestaltung und Aufwertung vorgenommen werden.

Die Fraktion Grüne/Junge Grüne ist über diese Bestrebungen erfreut, insbesondere, da sie auch wichtige Elemente zur Anpassung an die Klimaerwärmung enthalten. Ich nehme darum vorweg, wir werden diesem Kredit einstimmig zustimmen.

Wie wir alle wissen, werden wir die Auswirkungen der Klimakrise in Zukunft beispielsweise in Form von Hitzewellen oder Starkregen noch deutlicher zu spüren bekommen. Umso besser ist es, vorsorgliche Massnahmen zu treffen um diese Auswirkungen abzumildern. Entsiegelungen und Begrünungen werden bewirken, dass in der Nähe dieser Flächen ein kühleres Mikroklima vorherrschen wird und der Boden Niederschläge besser aufnehmen können. Eine extensive Begrünung wird zudem der Biodiversität zu Gute kommen.

Wir möchten an dieser Stelle noch anregen, dass man auf einheimische Pflanzen setzt, falls dies nicht bereits angedacht ist. Wichtig ist uns ebenfalls, dass bei einer allfälligen Verzeichtsplanung Entsiegelungen und Baumpflanzungen nicht gestrichen werden und das sichergestellt ist, dass diese Entsiegelungen für Menschen mit Behinderungen kein Hindernis darstellen. Wir gehen aber davon aus, dass dies bereits bedacht wurde.

**Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried:** Wir danken der zuständigen Direktion für die gut verständlichen und gut ausgearbeiteten Unterlagen, welche wir studieren konnten.

Wir haben bei diesem Geschäft ganz viel Positives gefunden. Uns gefällt zum Beispiel, dass dieses Geschäft in verschiedene Punkte aufgeteilt worden ist, so dass bei jedem Punkt ein Preisschild sichtbar ist.

Bei Punkt 1, Haltestelle Schliern, gefällt uns der angedachte Holzbau als Wartebereich mit den eingepflanzten Einrichtungen. Es ist neu alles auf einer Seite und es gibt ein einheitliches Bild ab.

Die in Punkt 3 erwähnten Zusatzarbeiten an bestehenden Wartehallen sollen unbedingt auch gleich gemacht werden können, so wie die Bereinigung der öffentlichen Beleuchtung, das macht durchaus auch Sinn.

Auch die Mehrkosten, welche in Punkt 5 beschrieben werden, sind gut nachvollziehbar. Wir von der SVP-Fraktion werden allen Punkten, mit Ausnahme von Punkt 2, einstimmig zustimmen.

Dieser Punkt 2: Es ist ja nicht so, dass wir von der SVP gegen die Entsiegelung oder Begrünung sind. Im Gegenteil, wir wissen sehr wohl, wie wichtig diese sind. Wir wohnen alle auf dem Land und wir sind froh um alles, was nicht zubetoniert ist und wo das Regenwasser versickern kann und um jeden Schatten spendenden Baum. Bei Neubauten und grossen Umbauten macht eine Entsiegelung und Begrünung durchaus Sinn und dort sind wir auch total dafür. Aber bei dieser Haltestelle am Brühlplatz, dort ein Parklein mit Bäumen hinzupflanzen, wenn einige Meter weiter hinten der Liebefeldpark mit einer grossen Grünfläche, Biodiversität und vielen Bäumen ist, finden wir total unnötig. Zudem hat es dort ja bereits bestehende Bäume.

Und auch am Hessstrasse-Kreisel: Dort machen die drei geplanten kleinen Grünflächen überhaupt keinen Sinn. Das wäre einfach nur, um unser ökologisches Gewissen zu beruhigen. Dann stellt man dort lieber drei bepflanzte Paloxen der Farb AG hin. Wie in den Unterlagen beschrieben, hat es dort so viele Werkleitungen darunter, dass man nicht einmal Bäume pflanzen kann. Die Realisierung dieser drei kleinen Grünflächen bei diesem Unterbau, verursacht grosse Kosten und an den späteren Unterhalt muss auch noch gedacht werden. Kosten und Nutzen sind hier absolut in keinem Verhältnis. Aus diesen Gründen, werden wir Punkt 2 ablehnen.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Als erstes möchte ich hier meine Interessensbindung bekannt geben: Ich bin Präsidentin des Ortsvereins Schliern. Diese Information daher, weil im Antrag viele Massnahmen für die Endstation Schliern enthalten sind.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und der zuständigen Direktion für die Ausarbeitung des vorliegenden Antrags. Es handelt sich um einen Kredit für Mehr- und Zusatzkosten in der Höhe von CHF 853'000 zum ursprünglichen Kredit in der Höhe von CHF 2.3 Mio.



Dieser wurde im Februar 2023 durch das Parlament bewilligt. Damals wurde von verschiedener Seite bemängelt, dass keine oder zu wenige Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen im Projekt vorhanden waren. Es freut uns, dass die dannzumal geäusserten Wünsche betreffend Entsiegelung und Begrünung aufgenommen und in der Ausführungsplanung jetzt eingearbeitet wurden. Christian Burren hat damals dem Parlament versprochen, dass dort, wo es möglich ist, versucht wird, Entsiegelungen und Begrünungen vorzunehmen. Das zeigt sich jetzt im aktuellen Kreditantrag. Für uns ist klar, dass es solche zusätzlichen Massnahmen nicht gratis gibt und dass es darum diesen Zusatzkredit braucht. Positiv beurteilen wir, dass für diese Arbeiten Synergien im Zusammenhang mit dem Umbau zu hindernisfreien Haltestellen genutzt werden sollen.

Betreffend der Endhaltestelle Schliern zeigt die hier vorliegende Planung eine deutliche Aufwertung gegenüber dem heutigen Zustand. Durch den Bau der Ladeinfrastruktur inklusive Trafostation für die Elektrobusse durch BERNMOBIL bietet sich für die Gemeinde Köniz die Möglichkeit, die heute nicht mehr zeitgemässe Haltestelle zu erneuern. Das geplante Gebäude besteht aus Holz und wird auf dem Dach extensiv begrünt. Neben dem neuen Holzbau können grössere Flächen entsiegelt und vier neue Bäume gepflanzt werden. Die frei werdende Fläche, welche durch den Rückbau der bestehenden Wartehalle oder WC-Anlage entsteht, wird ebenfalls begrünt. Mit diesen Massnahmen kann der Hitzestau im Sommer auf grossen Asphaltflächen massiv reduziert werden. Ich habe bereits mehrfach mitbekommen, wie sich vor allem ältere Frauen beim Aussteigen aus dem Bus über die vorherrschende Hitzewand beklagt haben.

Auch die geplanten Massnahmen bei den Haltestellen Brühlplatz und Hessesstrasse begrüssen wir. Hier werden ebenfalls Flächen entsiegelt und Grünflächen geschaffen. Wir sehen dies etwas anders, als die SVP-Fraktion. Die Zusatzarbeiten an den bestehenden Wartehallen erachten wir als nötig und sinnvoll, da die Häuschen für den Umbau der hindernisfreien Perronkante sowieso demontiert werden müssen, können auch hier Synergien mit dem ursprünglichen Projekt genutzt werden.

Dasselbe gilt für die Bereinigung der öffentlichen Beleuchtung. Für die Sicherheit im öffentlichen Raum erscheint uns eine zeitgemässe Beleuchtung sehr wichtig. Auch darum erachten wir die Ausführungen dieser Arbeiten als Integration in das bestehende Projekt als folgerichtig.

Alle erwähnten Massnahmen waren im Antrag vom Februar 2023 nicht enthalten. Im Parlament wird jedoch immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig die Entsiegelung und Aufwertung des öffentlichen Raums ist. Die hier vorliegenden Massnahmen tragen zu einer höheren Qualität des öffentlichen Raums und dem Ziel, bis 2045 klimaneutral zu sein, bei.

Betreffend der Kosten kann festgehalten werden, dass es sich hier um eine Investition handelt, welche die Erfolgsrechnung nicht in hohem Ausmass belasten wird. Zudem wird sich BERNMOBIL als Mitauslöser dieser Massnahmen bei der Endhaltestelle Schliern an den Kosten für die Erstellung dieses neuen Gebäudes zur Hälfte beteiligen. Im Vergleich zum entstehenden Resultat erachten wir die Kosten als verträglich.

Mit der vorliegenden Aufwertung wird ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet, dass auch bei zukünftigen Projekten, den Klimaanpassungsmassnahmen eine hohe Beachtung geschenkt und entsiegelt und begrünt wird. In diesem Sinn wird die SP/JUSO-Fraktion sämtlichen Anträgen des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP:** Bauen mit Holz, Entsiegelung, Aufenthaltsqualität, Begegnungsorte, Velo, Synergien bei der Finanzierung nutzen. Das sind durchwegs Themen, welche der EVP-GLP-Mitte-Fraktion gefallen und wir sind auch immer mal wieder jene, welche dies hier fordern. Wir danken darum dem Gemeinderat, dass diese Themen wohlwollend aufgenommen wurden.

Wir sind aber auch die Fraktion der Kostenbewussten. Dieser Antrag beinhaltet fünf Punkte. Punkt 5 ist ein Nachtrag, die Punkte 3 und 4 sind letztlich gebundene Ausgaben – Unterhaltsmassnahmen – welche wegen der Einheit der Materie auch auftauchen, jedoch unbestritten sind.

Inhaltlich sind die Punkte 1 und 2 interessant. Die Kosten-Nutzen-Diskussion stellt sich hier.

Punkt 1: Die Endhaltestelle Schliern soll mit einem neu geplanten Holz-Stahlbau aufgewertet werden.

- Pluspunkt: Die Aufwertung gelingt. Die Visualisierung gefällt.
- Negativ: Der Kostenanteil ist mit CHF 274'000 sehr hoch. BERNMOBIL zahlt nur ihren Anteil. Ich bitte den Gemeinderat hier nochmals Stellung zu nehmen, wie viel BERNMOBIL für dieses Bushalteshäuschen bezahlt.

Die Haltung in der Mitte-Fraktion ist geteilt. Die einen finden, es brauche keine Speziallösung an dieser Endhaltestelle. Der "Könizer Haltestellen-Typ" ist zweckmässig und günstiger, so, wie wir ihn letztmals an der Stapfenstrasse eingesetzt haben. Angeblich CHF 20'000 ist das, was wir hier vorgeschlagen bekommen, teurer.

Der Einsatz von Standardprodukten ist suffizient. Wir haben dies im vorherigen Traktandum gehört, da ging es um eine Software, jetzt geht es um ein Bushäuschen. Suffizienz ist auch eine Forderung, welche wir hier überwiesen haben. Generische Bauten dort, wo die Anforderungen immer die gleichen sind und spezifische Bauten dort, wo die Anforderungen spezifisch sind. Das ist suffizient. Liebe Landi-Fraktion: Das macht ihr gut. Die Landi erfindet den Ladentyp auch nicht immer neu. Eine architektonische Perle ist das zwar auch nicht, aber es schafft Identifikation, Wiedererkennungswert, ist reproduzierbar und skalierbar und somit günstiger. Konzentration auf die Kerngeschäfte. Bei einem Bushaltestehäuschen ist das auch so. Die Anforderungen sind immer gleich: Witterungsschutz und Sitzgelegenheit. Hier braucht es keinen Typ "Schliern" und es hätte auch keinen Typ "Binzern" gebraucht. Und noch einen Punkt: Zwar wird der Unterhaltsaufwand als nicht höher eingeschätzt. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es Vandalismus geben wird. Leider gerade deshalb, weil es ein Aufenthaltsort sein wird. Das sind die Argumente unserer Ablehner:innen.

Wir haben aber auch Befürworter:innen in unserer Fraktion und diese finden, es ist Zeit für ein Zeichen für Schliern, eine Aufwertung des künftigen Dorfzentrums, welche bisher verwehrt geblieben ist. Und diese CHF 20'000 Mehrkosten sind die Ablehnung nicht wert.

Zu Punkt 2: Die Entsiegelung der Haltestellen Hessestrasse und Brühlplatz:

- Pluspunkt: Jeder Quadratmeter zählt.
- Negativ: Kleine Flächen sind unverhältnismässig teuer: CHF 170'000.

Auch hier ist die Meinung in der Mitte-Fraktion differenziert. Die einen sehen mehr Nutzen, die anderen mehr Kosten. Dass bei Neuplanungen vehement auf die Entsiegelung gepocht werden muss, da sind wir uns aber einig.

Das Stimmverhalten bei den Punkten 3, 4 und 5 ist einstimmig dafür. Bei Punkt 1 sind 6 zu 2 zustimmend. Bei Punkt 2 ist 4 zu 4 unentschieden.

**Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger:** Die FDP. Die Liberalen sind nach wie vor der Meinung, dass der Entscheid ohne Tram der richtige war. Dass gewisse Anpassungen nötig sind, um diesen Doppelgelenker gerecht zu werden, wissen wir, und da gibt es jetzt nun mal einige Nachträge, welche man anpassen muss.

Das Sparziel bei den Ausgaben im Blickfeld zu halten, ist nach wie vor ein Kernziel der FDP. Die Liberalen. Nur macht es hier wenig Sinn, die aufgezeigten Synergien nicht zu nutzen. Die durchzuführenden Reparaturen, die Erneuerungsarbeiten sind notwendig und der Mehrwert überwiegt hier. An den kleinen Entsiegelungen von Grund und Boden haben nicht nur die Grünen Freude, nein, das freut auch uns.

Die FDP. Die Liberalen werden dem Antrag des Gemeinderates folgen und diesem Zusatzkredit zustimmen.

Was ich hoffe, ist, dass von diesen entsiegelten Böden, welche ja dann etwas kühler sind, nicht nur die Frauen profitieren, sondern vielleicht auch die Männer.

**Gemeinderat, Christian Burren, SVP:** Vorweg vielen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts, was nicht selbstverständlich ist, wenn man zwei Jahre, nachdem man mit einem Kreditantrag in der Höhe von CHF 2.3 Mio. kam und bevor man überhaupt etwas realisiert hat, mit einem Zusatzbegehren kommt. Und darum haben wir auch versucht, dieses Geschäft in die verschiedenen Punkte oder Elemente aufzusplitten, damit ihr auch seht, woher diese Kosten kommen und auch allenfalls differenziert hättet entscheiden können.

Ich stelle fest, dass die Mehrheit alle fünf Elemente nicht im Grundsatz in Frage stellt. Ich kann es nachvollziehen, dass man bei der Entsiegelung geteilter Meinung sein kann, das ist ein namhafter Betrag. Aber es ist tatsächlich so, ich habe damals gut hingehört. Ihr habt diese Forderung damals hier gestellt: Wenn ihr dann im Bauprojekt seid, wenn es Möglichkeiten gibt, dann entsiegelt noch – und das haben wir gemacht. Es hat ein Preisschild und darum wollten wir dies auch separat so ausweisen.

Diese wunderschöne Endhaltestelle in Schliern: Ja, selbstverständlich kann man sagen, man könnte hier irgendein Standardprodukt nehmen, aber wie viele Endhaltestellen mit Ladeinfrastruktur gibt es denn, für welche man ein solches Standardmodell nehmen könnte? Das müssen wir auch wieder sehen. Wir haben hier in der Gemeinde Köniz drei davon und da sind noch verschiedene Anbieter dieser Elektrobusse mit verschiedenen Elektroarmen und Ladestationen - dieser Vorschlag vom Standardmodell wird daher schwierig.

Und ich glaube, gerade die heutige Situation – wer sie kennt bei der Endhaltestelle Schliern - diese hat potenziell Luft nach oben. Es ist beschämend, wir haben nicht einmal mehr eine Sitzgelegenheit, da ist es doch angebracht, dass man dort etwas macht.

Und die Gelegenheit, dass sich BERNMOBIL dort beteiligt - sie werden sich daran mit den Kosten beteiligen, welche ihr Trafo auslöst, ihre WC-Anlagen, ihren Anteil am Holzbau. Wir haben dies nachgerechnet und es sind tatsächlich gegenüber einer anderen Haltestelle, wo man Standardlösungen zum Teil gebraucht hat, in etwa diese CHF 20'000, welche es uns als Gemeinde mehr kosten wird. Und ich glaube, diese qualitative Aufwertung, welche wir dort dafür bekommen, sind diese CHF 20'000 wert. Aber selbstverständlich, man kann sagen CHF 20'000 sind CHF 20'000, wir sparen diese ein.

Die Entsiegelungen, sind diese wirklich nötig? Diese könnte man einsparen.

Ich glaube, ihr spürt es: Wir haben hier versucht, die Aufträge zu erfüllen und vor allem wollten wir mit diesem Nachkredit kommen, bevor die Arbeiten ausgeführt sind. Wir hätten auch sagen können, dass wir etwas knapp gerechnet haben, mit diesen CHF 2.3 Mio., und es sind neue Erkenntnisse im Bauprojekt aufgekommen, wir machen das jetzt und zuletzt bei der Kreditabrechnung bringen wir einen Nachkredit. Das wollten wir nicht und da bin ich euch wirklich dankbar, habt ihr dies so positiv aufgenommen und ich spüre die Unterstützung.

In diesem Sinne, vielen Dank für eure Unterstützung.

## Beschluss

1. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Endhaltestelle Schliern" - einen Kredit von CHF 274'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

(Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür / 2 Stimmen dagegen)

2. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Entsiegelungen und Aufwertungen im Haltestellenbereich" - einen Kredit von CHF 170'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen dafür / 11 Stimmen dagegen)

3. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Zusatzarbeiten an den bestehenden Wartehallen" - einen Kredit von CHF 75'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

4. Das Parlament beschliesst für das Projekt "Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10" - Erweiterung "Bereinigungen öffentliche Beleuchtung" - einen Kredit von CHF 82'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

5. Das Parlament beschliesst für Mehrkosten und die Bauherrenunterstützung bei der hindernisfreien Umgestaltung von sieben Haltekanten im Rahmen der Umstellung auf Doppelgelenktrolleybusse auf der Linie 10 einen Nachkredit von CHF 252'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2410.5010.0116 "Gesamtgemeinde; Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen Linie 10".

(Abstimmungsergebnis Ziffern 3 bis 5: einstimmig dafür)

PAR 2025/16

**V2213 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen“**  
Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

### 1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hält nochmals fest, dass die geltenden Finanzkompetenzen zwischen Parlament und Gemeinderat klar sind. Im erwähnten Fall des Wettbewerbskredits Morillon wurde aufgrund der hohen Dringlichkeit das Wettbewerbsprogramm auf SIMAP publiziert, bevor das Parlament über den Wettbewerbskredit in seiner Kompetenz entscheiden konnte.

Die Dringlichkeit bestand darin, dass der notwendige Schulraum rasch möglichst zur Verfügung gestellt werden sollte. Wie das Parlament weiss, besteht in Morillon ein erhebliches Platzproblem in den Schulen. Unter dieser Voraussetzung ist der Gemeinderat davon ausgegangen, dass der Bedarf nicht in Frage gestellt wird und damit auch nicht das qualitätssichernde Wettbewerbsverfahren, welches qualifizierte Fachleute ausgearbeitet haben.

### 2. Kredite für Ausschreibungen – Kompetenz des Parlaments und Gemeinderat

Es ist nicht üblich, dass das Parlament bei operativen Themen wie dem Wettbewerbsprogramm oder bei Studienaufträgen inhaltlich mitwirkt. Diese Aufgabe erachtet der Gemeinderat als die Aufgabe der Exekutive.

Der Gemeinderat ist daher der Meinung, dass Punkt 1 und 2 gemäss Vorstoss nicht in ein Reglement gehören. Zielführender sind, verbesserte Kommunikationsprozesse zwischen Gemeinderat und Parlament. Die Kommunikation muss durch eine transparente Geschäftsplanung optimiert werden und nicht durch die Schaffung eines neuen Reglements.

### 3. Geschäftsplanung Gemeinderat

Wie bereits in der Motionsbeantwortung erwähnt, anerkennt der Gemeinderat das Informationsbedürfnis des Parlaments. In der Geschäftsplanung sollen sämtliche geplanten Geschäfte betreffend Reglemente (neue, Revisionen, Teilrevisionen) sowie Volksabstimmungen mit Angabe der Meilensteine aufgeführt werden. Weitere Geschäfte, inkl. Vorstösse werden in der Geschäftsplanung des Parlaments aufgezeigt. Die neu zu erstellende Geschäftsplanung soll 1-mal jährlich, jeweils zu Beginn des 2. Quartals, erstellt und dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Gemäss Votum des Erstunterzeichnenden soll die Geschäftsplanung nicht im Parlament traktandiert / diskutiert, sondern dem Parlament einfach zur Verfügung gestellt werden (z.B. per Mail). Dem Gemeinderat scheint dies eine sinnvolle Umsetzung, insbesondere auch da es sich um eine rollende Geschäftsplanung handelt.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 13. Januar 2025

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) Original Motion V2213 "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen"
- 2) Beschluss/ Stellungnahme GPK vom 25.11.2024
- 3) [PARB vom 13. Februar 2023: V2213 Motion \(EVP-GLP-Mitte-Fraktion\) „Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen“](#)

## Diskussion

**Votum für den Erstunterzeichner, Sandra Röthlisberger, GLP:** Die Vorgeschichte fängt im Mai 2022 an, als das Parlament den Wettbewerbskredit für die Schulraumerweiterung Morillon behandelte. Diese CHF 370'000 sind klar in der Kompetenz des Parlaments. Der Gemeinderat hatte den Wettbewerb aber schon im März 2022 - also zwei Monate zuvor - publiziert. Das Parlament hat das Recht, den Kredit abzulehnen, oder die Eckpunkte des Wettbewerbs zu ändern. Unter diesen Umständen war es aber erschwert, weil die Bestellung bereits öffentlich war. Und ja, eine Ausschreibung ist nichts anderes als eine Bestellung eines Produktes. In diesem Fall war es das teuerste Schulhaus aller Zeiten und auch noch das schnellste – denn die Zeit drängte. Eine adäquate Schulraumplanung hat der Gemeinderat nicht zur Hand, doch dies ist ein anderes Thema.

Und ja, es wurde durchaus an der Bestellung Morillon inhaltlich Kritik geübt. Die Motion schliesslich, ist eine Reaktion, um diese Situation künftig zu verhindern und zudem mit einer Geschäftsplanung die Absehbarkeit von Parlamentsgeschäften zu verbessern. Die Motion ist denn auch im Februar 2023 von einer Parlamentsmehrheit überwiesen worden, nach gewährter Verlängerung der Beantwortungsfrist.

Was liegt jetzt vor? Die Motion ist nicht umgesetzt. Einmal mehr. Nach zwei Jahren liegt einfach ein Abschreibungsantrag vor. Obwohl der Antrag kurz ist, hat er mehrere inakzeptable Aussagen:

- Der Gemeinderat verweist auf Finanzkompetenzen, zeigt aber keine Einsicht, dass er selbst diese verletzt oder geritzt hat. Die überwiesenen Punkte der Motion verlangen keine Änderung der Finanzkompetenzen, sondern lediglich dass diese respektiert werden.
- Der Gemeinderat versucht, sein damaliges Vorgehen zu rechtfertigen.
- Der Gemeinderat spricht dem Parlament die Kompetenz ab, inhaltliche Vorgaben zu machen. Das ist formell falsch. Ausserdem enthalten Wettbewerbe nicht nur operative Details, sondern auch strategische Weichenstellungen.
- Der Gemeinderat legt entgegen dem Motionsauftrag keine Reglementsänderungen vor, weil er, Zitat, "der Meinung" ist, das brauche es nicht. Der Gemeinderat möchte stattdessen "verbesserte Kommunikationsprozesse". Diesem Anspruch wird der Abschreibungsantrag sicher nicht gerecht. Die Geschäftsplanung liegt noch nicht vor, sie ist bloss angekündigt.

Was will die EVP-GLP-Mitte-Fraktion? Wir wollen, dass die Finanzkompetenzen des Parlaments respektiert werden. Wir sind kompromissoffen für eine niederschwellige Verankerung der Ziffern 2 und 6 der Motion. Es muss nicht in einem Reglement sein. Es kann eine Verordnung oder Weisung sein - das wäre okay - zumindest aber schriftlich. Bisher haben wir gar nichts. Nicht einmal eine Entschuldigung oder gar Einsicht.

Wir Motionäre und Motionärinnen wollen ausserdem eine vollständige Geschäftsplanung *mindestens* einmal im Jahr. Der Gemeinderat spricht nur von Reglementsänderungen und Volksvorlagen. Es fehlen Kredite in Parlamentskompetenz, Berichte usw. Auch da: Wir sind kompromissoffen. Die Geschäftsplanung muss nicht formell "zur Kenntnis gebracht" werden.

Was will die EVP-GLP-Mitte-Fraktion nicht?

- Die Motion abschreiben, das wollen wir nicht, sie ist nicht erfüllt. Nicht einmal der Kompromiss ist erfüllt und wir haben die Geschäftsplanung noch nicht gesehen.
- Nicht umgesetzte Vorstösse, das wollen wir nicht. Der Gemeinderat hat sich an verpflichtende Aufträge zu halten. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat Motionen nach Gutdünken erfüllt und nach zwei Jahren mit leeren Händen ins Parlament kommt.
- Wir wollen nicht in der Gunst des Gemeinderats stehen. Die immer wieder proklamierte "Zusammenarbeit und Kommunikation" wird den Rollen der Institutionen nicht gerecht. Das ist zentral. Wir sind das Parlament. Wir müssen nicht auf Zusammenarbeit hoffen. Wir erteilen Aufträge per Mehrheit und der Gemeinderat hat diese als Gremium zu respektieren. Respektieren kommt von Respekt - Respekt vor der demokratischen Gesetzgebung und Wertschätzung für die Institutionen. Das müssen wir auf der Stufe, auf welcher wir sind – nämlich der Dorfpolitik – wahren. Wenn man in die Welt hinausschaut, dann weiss man, was passiert, wenn man dies nicht mehr wahr.

Bitte nicht abschreiben. Ich danke für die Unterstützung.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne:** Bereits in der Diskussion zur Überweisung damals, hat der Redner der Grünen/Junge Grünen-Fraktion festgehalten, dass doch offensichtlich Handlungsbedarf besteht, wenn eine Motion von mehr als der Hälfte der Parlamentsleute unterzeichnet wird. Es ist aus unserer Sicht immer noch so, dass dieser Handlungsbedarf da ist und das wäre eigentlich auch ein Grund gewesen, dass der Gemeinderat dieser Motion eine adäquate Antwort gibt. Auch für uns ist die Antwort des Gemeinderates sehr enttäuschend.

Wir verstehen auch die Verärgerung der Motionäre über diese Antwort: Wenig konkret, wenig konstruktiv und auch wenig selbstkritisch.

Wir haben es gehört: Die Motion ist im Zusammenhang mit dem Projekt Ausbau Morillon entstanden, als sich verschiedene Probleme in der Planung früh gezeigt haben. Dieser verspätete Kreditantrag war quasi der Auftakt, aber in unserer Fraktion wurde auch sehr diskutiert, dass wir im Parlament schon öfters in Situationen waren, als wir das Gefühl hatten, eines nach dem anderen wäre ein gutes Prinzip. So zum Beispiel bei anderen grossen Investitionsvorhaben, bei welchen das Parlament öfters einmal in der Situation war, dass es einfach nur noch "ja und amen" sagen konnte, obwohl vielleicht gewisse strategische Überlegungen im Vorfeld – und dort hat ja das Parlament durchaus einen Rolle – hätten stattfinden müssen. Es geht dabei auch nicht um Mikromanagement, sondern es geht eigentlich um Prozessmanagement und ob man dies im Griff hat und ob das Qualitäts- und Risikomanagement auch transparent dargelegt wird und es geht auch um die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament.

Wir sehen es ziemlich kritisch, dass sich der Gemeinderat in seiner Antwort auf eine bestehende Kompetenzregelung beruft, welche er selber nicht korrekt eingehalten hat. Das ist etwas widersprüchlich.

Wir nehmen aber positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat vorschlägt, dies jetzt über die Geschäftsplanung, welche jährlich dem Parlament vorgelegt werden soll, zu regeln und damit einen Schritt in diese Richtung zu machen. Das ist eine Ankündigung und ein Versprechen, bei welchem wir hoffen, dass es dann auch eingehalten werden kann.

Auf der anderen Seite hat es in unserer Fraktion Stimmen, welche nicht vollständig überzeugt sind, dass diese Motion wirklich der richtige Lösungsweg für diese ganze Problematik ist. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass man solche Planungsversäumnisse oder Dringlichkeiten durch mehr Reglementierung vollumfänglich verhindern oder solche Probleme lösen kann.

Wir sind uns darum in der Fraktion Grüne/Junge Grüne einig, dass es zwar Verbesserungen braucht und dass wir von der Antwort des Gemeinderates enttäuscht sind, aber wir sind uns nicht einig, ob diese Motion ein Lösungsweg ist oder ob man nicht vielmehr über andere strategische Diskussionen, wie eben über die Schulraumplanung, Immobilienstrategie etc., einen grösseren Effekt erreichen könnte. Darum werden wir teilweise der Abschreibung zustimmen, teilweise auch nicht.

**Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden:** Der Vorstoss ist, wie bereits gesagt wurde, wegen dem Kredit zum Morillon-Schulhaus eingereicht worden und ich glaube, dass dort der Prozess nicht gut war, ist inzwischen auch dem Gemeinderat bewusst, auch wenn er dies jetzt nicht in die Antwort geschrieben hat. Aber ich glaube, das war doch auch ein Learning.

Die Zähne haben wir diesem Vorstoss ja bereits bei der Überweisung gezogen. Diese Punkte, welche dort zurückgezogen wurden, hätten auch nicht geholfen, denn das wäre wirklich eine Kompetenzverschiebung gewesen. Das Parlament kann eigentlich bei Bauprojekten nur marginal Einfluss nehmen. Ich bin wirklich schon lange dabei und das ist ein Dauerthema, das haben wir immer wieder diskutiert. Wir haben über eine Baukommission gesprochen, wir haben über eine engere Begleitung der GPK gesprochen und schlussendlich haben wir das trotzdem immer wieder verworfen, auch aus guten Gründen: Wir sind ein Milizparlament und der Aufwand für diese Baubegleitung ist sehr, sehr gross und hinter das Fachwissen müssen wir zumindest ein Fragezeichen setzen. Und wenn wir jetzt bereits sehen, wie viele Rücktritte es im Parlament in letzter Zeit gegeben hat, das gab mir schon zu Denken und teilweise haben mir auch die Rücktrittsschreiben, welche eingereicht wurden, zu denken gegeben.

Und darum sind wir doch auch der Meinung, diese Geschäftsplanung ist das richtige Instrument. Aber: Auch wir sind nicht 100% glücklich mit der Antwort. Wir erwarten eine vollständige und aktuelle Geschäftsplanung und darum stimmen wir der Abschreibung zu. Wir vertrauen hier jetzt darauf, dass dies so kommt. Und auch wenn der Motionsauftrag tatsächlich nicht vollständig erfüllt ist, doch wenn wir nicht abschreiben, haben wir das Gefühl, dies wird nicht mehr viel ändern. Dann könnte man den Titel vielleicht ändern zu "Eins nach dem anderen bei teuren Nichtabschreibungen". Darum stimmen wir der Abschreibung zu, aber, und das ist mir jetzt sehr wichtig zu betonen: Dass nicht vollumfänglich erfüllte Motionen abgeschrieben werden, ist kein Präjudiz für andere Motionen. Das ist mir wirklich wichtig, das ist kein Präjudiz.

**Gemeinderat, Thomas Marti, GLP:** Ich habe hier die dankbare Aufgabe, ein relativ schwieriges Geschäft zu vertreten, denn, man sieht, wir haben einen Fehler gemacht. Wir haben diesen Fehler zwar aus guten Gründen gemacht, aber wir haben den Verhandlungsspielraum des Parlaments eingeschränkt und das ist etwas, als ich noch auf eurer Seite gesessen bin, da habe ich mich auch gefragt, was mache ich hier, warum bin ich heute Abend hier? Und das entsteht ja nicht nur, wenn es objektiv der Fall ist, sondern bereits, wenn das Gefühl entsteht, dass es so ist. Und darum verstehe ich die Reaktion des Parlaments mit dieser Motion sehr gut.

Ich habe mir den Stein des Anstosses nochmals angeschaut, also sprich den Antrag selber und nicht die Timeline. Eigentlich wäre der Antrag ein sehr guter Antrag gewesen. Von mir aus gesehen, hätte dort eine sehr gute Diskussionsbasis bestanden, aufgrund welcher wir eine Feinjustierung mit euren Inputs hätten vornehmen können und das haben wir in diesem Sinne verpasst.

Ich verstehe das Parlament, dass es sich damals nicht ernst genommen gefühlt hat und wenn es den Kredit abgelehnt hätte, dann hätte dies dazu geführt, dass Köniz nicht gut dagestanden wäre. Ich bedanke mich nachträglich noch beim Parlament, dass ihr dort über euren Schatten gesprungen seid und diesem Kredit zugestimmt habt.

Diese Situation soll sich nicht wiederholen. Das schadet der konstruktiven Zusammenarbeit und ist auch nicht der Weg und es wurde auch erwähnt, der Königsweg dazu sind strategische Papiere, welche wir miteinander diskutieren können, damit die Grundlagen dort fixiert werden können.

Jetzt muss man aber auch sagen, dass es ein Einzelfall ist – wenn man rein auf das Planungs-geschäft zurückgeht – und dort sieht es der Gemeinderat als nicht zielführend an, dass man mit Reglementsänderungen etwas anpasst. Und ich möchte hier auch daran appellieren, dass, wenn jemand einen Fehler macht, er auch die Möglichkeit bekommen sollte, dies zu verbessern und da bin ich überzeugt, dass wir hier auch etwas daraus gelernt haben.

Zur Abschreibung oder Rückweisung der Abschreibung: Ich habe auch hier Verständnis dafür, dass man noch nicht abschreiben will, denn ihr habt diese Geschäftsplanung noch nicht gesehen, diese kommt noch. Ihr kauft hier ein bisschen die Katze im Sack. Auch hier wäre es in diesem Sinn nichts als nur fair, wenn ihr die Kontrolle behalten wollt und dies erst nachträglich abschreibt. Auf der anderen Seite glaube ich aber auch, dass man jetzt an diesem Punkt uns dieses Vertrauen auch schenken könnte. Es würde mich auf alle Fälle auch freuen, wenn wir hier trotzdem zur Abschreibung schreiten könnten.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Die Geschäftsplanung ist etwas, was der Gesamtgemeinderat erstellt hat und welche in diesem Sinn mir zugewiesen worden ist und für welche wir ja auch mit den Motionärinnen und Motionären im Austausch waren, wie dies zu euch kommen soll. Das war eine Frage, wie ihr dies gerne hättet, denn die Geschäftsplanung ist natürlich immer ziemlich schnell wieder überholt. Das war auch ein bisschen die Herausforderung, als wir damit begonnen haben, darüber nachzudenken, wie viel Bürokratie wollen wir denn für diese Geschäftsplanung, wenn, sobald sie bei euch ist, bereits wieder alles hinfällig ist. Und darum kam diese Überlegung,

1. dass wir euch in der Geschäftsplanung jene Sachen sagen, welche Volksabstimmungen zur Folge haben. Denn das sind Geschäfte, welche man nicht einfach aus dem Ärmel schüttelt, diese kennen wir und da wissen wir auch ungefähr wann – vielleicht gibt es noch Verschiebungen - aber da wissen wir, ob eine kommt, oder nicht. Und diese haben ja auch grössere Auswirkungen nach aussen. Das heisst, die grossen Kreditgeschäfte über CHF 5 Mio. sind dort enthalten.
2. Und das andere, was wir uns überlegt haben, was euch nützlich sein könnte, sind die Reglementsanpassungen. Denn Reglementsanpassungen sind eine grosse Kompetenz von euch. Es gibt manchmal noch Spezialkommissionen daraus, da wollt ihr vielleicht als Fraktion auch noch etwas planen. Und auch diese schüttelt man nicht einfach aus dem Ärmel, da wissen wir mit ziemlicher Sicherheit – das ist dann auch belastbar – wann diese kommen.

Wir haben davon abgesehen, alles andere noch aufzunehmen, denn irgendwann wird dieses Papier ansonsten nicht mehr gültig sein. Es ist sehr schwierig, mit allen Direktionen, allen Abteilungen, denn sonst sind wir immer nur daran, diese Planung auszufüllen. Das heisst nicht, dass wenn etwas ganz spezifisch von euch gewünscht ist, wir dies nicht aufnehmen können, aber wir haben wirklich versucht, ein Kriterium zu finden, welches im Sinne von dem ist, was ihr verlangt habt.

Und wir haben geschaut, wie diese am besten zu euch kommen soll. Da lagen verschiedene Vorschläge vor und die Frage war auch, wie öffentlich diese sein soll. Soll diese per PARA eingereicht werden und es hiess, dass soll sie nicht. Eine weitere Überlegung war, ob sie vielleicht dem IAFP angehängt werden soll, doch zum Schluss wurde man sich einig, dass es am Einfachsten ist, wenn wir diese euch per Mail schicken. Diese Gespräche gingen ziemlich lange hin und her und wir wussten auch nicht, wann ihr diese jetzt wollt.



Diese war im Juni gemacht, jetzt ist sie natürlich nicht mehr aktuell und wir werden diese selbstverständlich wieder aktualisieren und ihr bekommt diese dann per Mail.

Und ich finde, es war von Respekt die Rede, Respekt finde ich in der Zusammenarbeit auch sehr wichtig. Mein Kollege hat dies zuvor auch bereits erwähnt: Wir wollen auch gerne lernen und das heisst auch, wenn man dies einmal so macht, kann man schauen, ob dies so funktioniert - denn dann habt ihr deutlich mehr Infos, als ihr sie heute habt, welche für euch auch nützlich sind – und wenn man dann zum Schluss kommt, dass noch etwas fehlt, dann können wir wirklich nochmals mit euch sprechen. Doch ich würde jetzt davor warnen, eine riesige Sache aus dieser Geschäftsplanung zu machen und am Schluss habt ihr etwas, was vielleicht nie aktuell ist oder welche euch gar nicht so sehr dient. Hier also mit etwas Augenmass effizient zusammenarbeiten und dafür auch einmal nachfragen, das dürft ihr natürlich.

Ich bin froh, wenn ihr dies heute abschreibt und danke auch für diesen Respekt, welchen ihr uns hiermit entgegenbringt.

**Votum für Erstunterzeichner, Sandra Röthlisberger, GLP:** Ich danke für die Worte des zuständigen Gemeinderates Thomas Marti. Das sind neue Worte und neue Töne, welche bei mir Anklang finden, vielen Dank für das. Und das Wort "Fehler" ist schön zu hören. Man könnte es auch in Zukunft tatsächlich besser machen.

Noch eine Frage: Zuvor war noch die Rede von der Diskussion, welche man mit den Motionär:innen geführt hat. Da ist mir nicht ganz klar, was gemeint war. Ich habe diese Diskussion offensichtlich verpasst.

## Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen für abschreiben / 11 Stimmen gegen abschreiben)

PAR 2025/17

## V2412 Interpellation (SVP-Fraktion) "IT-Infrastruktur an Könizer Schulen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

## Vorstosstext

Die Mehrheit der in den letzten Jahren neu erschienen Lehrmittel für Primar- und Sekundarschulen (z.B. «Sprachwelt», «dis donc!», «Weitblick») beruhen auf der Annahme, dass die Schülerinnen und Schüler (SuS) nebst dem Heft oder Buch Zugang zu einem digitalen Gerät haben. Insbesondere die im Kanton Bern obligatorischen Lehrmittel in den Fächern Französisch und Englisch<sup>21</sup> können erst sinnbringend eingesetzt werden, wenn die Lernenden regelmässig Zugang zu einem digitalen Gerät haben – und zwar möglichst alle Kinder einer Klasse gleichzeitig. Der Wortschatz in den Fremdsprachen kann via digitale Lernplattform geübt werden. Auch weiterführende Übungen oder Hörtexte zu Aufgaben aus den Heften sind einzig auf den digitalen Plattformen auffindbar. Um den SuS folglich einen zeitgemässen Fremdsprachen-Unterricht bieten und den Lehrpersonen das Unterrichten mit den vorgeschriebenen Lehrmitteln ermöglichen zu können, ist ein jederzeit funktionierender Zugang zu digitalen Geräten erforderlich.

Des Weiteren sind SuS mit LRS (Lese- und Rechtschreibschwäche) oder anderen besonderen Bedürfnissen auf vereinfachtes Textmaterial und auf das Vorlesen von Texten im Unterricht angewiesen. Da eine Lehrperson diesen Ansprüchen unmöglich alleine gerecht werden kann, ist der Einsatz von Tablets oder iPads mit Textvereinfachungs-Apps und Vorlesefunktion nötig.

---

<sup>21</sup> Liste der empfohlenen und obligatorischen Lehrmittel im Kanton Bern:

<https://www.faechnet.bkd.be.ch/de/start/themen/lehrmittelverzeichnis.html>

In Gesprächen mit Lehrpersonen der Gemeinde Köniz tönte es danach, als ob in manchen Schulen die nötige IT-Infrastruktur für zeitgemässen Französisch- und Englischunterricht nicht vorhanden sei. Auch Tablets zum Scannen von Texten und zum Vorlesen sind mancherorts bloss ein Wunschdenken. So hört man beispielsweise von 30-minütigen Wartezeiten vom Einschalten der Geräte bis zu deren Einsatzbereitschaft. Viele Lehrpersonen müssen sich in einer Liste einschreiben, wenn sie Laptops mit ihrer Klasse brauchen wollen. Tablets seien dabei nur für einige Klassen zugänglich, nicht aber für alle.

Aus den genannten Gründen und weil in vielen Fächern zunehmend eine 1:1-Ausstattung an digitalen Geräten ab Zyklus 2 nötig ist, um mit den neuen Lehrmitteln arbeiten zu können, ergeben sich folgende Fragen:

- 1) Für jedes Schulhaus in der Gemeinde Köniz: Wie viele digitale Geräte stehen zur Verfügung? Wie viele sind es dabei im Zyklus 1, im Zyklus 2 und im Zyklus 3? In welchem Verhältnis stehen die Anzahl digitaler Geräte und die Schüler:innenzahlen pro Könizer Schulhaus?
- 2) Wieso stehen in einigen Schulhäusern Tablets und in anderen Laptops zur Verfügung?
- 3) Welche Massnahmen sind geplant, damit alle Schulen die obligatorischen Lehrmittel in den Fremdsprachen vollumfänglich einsetzen können?
- 4) Wieso wird in teurere Laptops ohne Vorlesefunktionen und nützliche Apps, welche die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf begünstigen würden, statt in günstigere Tablets mit mehr Möglichkeiten bzgl. Differenzierung und Integration investiert?
- 5) Wieso haben nicht alle Schulen Geräte, mit denen sie den Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerechter werden könnten?
- 6) Weshalb wurde Lehrpersonen aus dem Zyklus 2 (3.-6. Klasse) im Laufe der letzten Jahre mehrmals kommuniziert, sie würden bald eine bessere IT-Infrastruktur erhalten, sich jedoch zumindest bei einigen nichts massgeblich verbessert hat?

## Eingereicht

11.11.2014

## Unterschrieben von 23 Parlamentsmitgliedern

Corina Burren, Roland Hofer, Tatjana Rothenbühler, Andrea Winzenried, Katja Streiff, Matthias Müller, Roger Tanner, Kathrin Gilgen, Mark Kobel-Itten, Heidi Eberhard, Reto Zbinden, Mayra Faccio, Jürg Mosimann, Sandra Röthlisberger, Fabienne Marti Locher, Janka Hamm, Brigitte Rohrbach, Géraldine Boesch, Bülent Celik, Urs Mumenthaler, Arlette Mürger, Selin Lopez, Casimir von Arx

## Antwort des Gemeinderates

- 1. Für jedes Schulhaus in der Gemeinde Köniz: Wie viele digitale Geräte stehen zur Verfügung? Wie viele sind es dabei im Zyklus 1, im Zyklus 2 und im Zyklus 3? In welchem Verhältnis stehen die Anzahl digitaler Geräte und die Schüler:innenzahlen pro Könizer Schulhaus?**

Im aktuellen Schuljahr sind über alle Schulstandorte der Gemeinde insgesamt rund 3000 Laptops und 700 iPads verteilt. Diese Geräte stehen den Schülerinnen und Schülern der verschiedenen Zyklen wie folgt zur Verfügung:

- Zyklus 3 (7.–9. Klasse): Für die rund 1000 Schülerinnen und Schüler steht eine 1:1-Ausstattung bereit. Jede Schülerin und jeder Schüler verfügt über ein persönliches Gerät.

- Zyklus 2 (3. bis 6. Klasse): Für die rund 2000 Schülerinnen und Schüler im Zyklus 2 stehen sowohl Laptops als auch iPads in Form von zentral verwalteten Klassensätzen zur Verfügung. Die Geräteausstattung variiert zwischen den Schulstandorten. Während in den 3. und 4. Klassen oft iPads eingesetzt werden, kommen ab der 5. Klasse vermehrt Laptops zum Einsatz. Ein Teil der Laptops, die in diesem Zyklus eingesetzt werden, ist jedoch bereits über 10 Jahre alt. Dies kann zu Einschränkungen in der Nutzbarkeit führen, wie längere Ladezeiten. Die Gemeinde arbeitet daran, diese älteren Geräte sukzessive zu ersetzen, um den Schülerinnen und Schülern zeitgemäße IT-Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen (s. dazu Antwort auf Frage 6)
- Zyklus 1 (Kindergarten 1 bis 2. Klasse): Für die rund 1500 Schülerinnen und Schüler im Zyklus 1 stehen vor allem iPads zur Verfügung. Auch hier variiert die Geräteausstattung zwischen den Schulstandorten.

Eine detaillierte Übersicht der Geräteverteilung auf Schulhausebene ist derzeit nicht möglich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Geräte von Schulen teilweise untereinander ausgetauscht werden, ohne dass diese Änderungen in der zentralen Inventarliste vollständig erfasst werden.

## **2. Wieso stehen in einigen Schulhäusern Tablets und in anderen Laptops zur Verfügung?**

Die Verteilung von Tablets und Laptops in den Könizer Schulhäusern basiert auf folgenden Überlegungen:

- Von der Eingangsstufe (Zyklus 1) bis zur 4. Klasse werden sowohl Tablets als auch Laptops eingesetzt. Tablets eignen sich besonders für jüngere Schülerinnen und Schüler, da sie eine intuitive Bedienung sowie eine nutzerfreundliche Touchscreen-Funktionalität bieten. Sie unterstützen spielerisches Lernen, den Einsatz von Lern-Apps und das einfache Erstellen von Inhalten. Ab der 3. Klasse, insbesondere aber ab der 5. Klasse, werden überwiegend Laptops eingesetzt. Diese Geräte sind besser geeignet für anspruchsvollere Aufgaben wie Textverarbeitung, Präsentationen und die Arbeit auf webbasierten Plattformen.
- Einige Schulhäuser wurden im Rahmen von Pilotprojekten mit bestimmten Gerätetypen ausgestattet, wodurch sich Unterschiede in der Ausstattung ergeben haben.

## **3. Welche Massnahmen sind geplant, damit alle Schulen die obligatorischen Lehrmittel in den Fremdsprachen vollumfänglich einsetzen können?**

Um sicherzustellen, dass die Könizer Schulen die obligatorischen Lehrmittel in den Fremdsprachen effektiv nutzen können, wurden folgende Massnahmen umgesetzt: Die Klassen der Jahrgangsstufen 8 bis 11 (Zyklus 3) verfügen bereits über eine 1:1-Ausstattung, bei der jeder Schülerin und jedem Schüler ein persönliches Gerät zur Verfügung steht. Für die Jahrgangsstufen 6 und 7 (Zyklus 2) steht an den meisten Schulstandorten ein Klassensatz pro Klasse zur Verfügung, um die Nutzung der Lehrmittel und digitalen Plattformen zu optimieren. Für die Jahrgangsstufen 5 und 6 wird in Zukunft eine 1:2-Ausstattung angestrebt, sodass zwei Schülerinnen oder Schüler ein Gerät gemeinsam nutzen können. Diese groben Zielsetzungen sollen im Hinblick auf die Erarbeitung des neuen schulischen Medien- und Informatikkonzept 2025 der Gemeinde Köniz als Orientierung dienen (vgl. Antwort auf Frage 6).

## **4. Wieso wird in teurere Laptops ohne Vorlesefunktionen und nützliche Apps, welche die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf begünstigen würden, statt in günstigere Tablets mit mehr Möglichkeiten bzgl. Differenzierung und Integration investiert?**

Die Vorlesefunktion ist nicht auf die Geräteart (Laptop oder Tablet) beschränkt, sondern hängt von der verwendeten Software ab. Laptops in den Könizer Schulen sind mit Programmen ausgestattet, die diese Funktion unterstützen, beispielsweise der Immersive Reader in Microsoft Edge oder andere barrierefreie Tools, die speziell für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen optimiert sind.

Laptops sind aufgrund ihrer physischen Tastaturen und grösseren Bildschirme besonders für umfangreiche Textarbeiten, Präsentationen und komplexe Aufgaben geeignet. Tablets stossen bei solchen Anforderungen häufig an ihre Grenzen, insbesondere bei längerem Arbeiten oder bei der Nutzung spezifischer Programme, die auf eine Desktop-Umgebung angewiesen sind.

Auf den ersten Blick scheinen Tablets günstiger zu sein, jedoch benötigen sie in der Praxis häufig Zusatzgeräte wie Tastaturen, Mäuse oder spezielle Ständer, um den Anforderungen des Unterrichts zu genügen. Diese zusätzlichen Anschaffungen erhöhen die Gesamtkosten eines Tablets nahezu auf das Niveau eines Laptops, während letzterer bereits alle notwendigen Funktionen und die gewünschte Stabilität in einem Gerät vereint. Daher bieten Laptops ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis.

Laptops sind robuster und langlebiger als Tablets. Sie haben eine längere Lebensdauer und sind weniger anfällig für Beschädigungen, was sie zu einer nachhaltigeren Wahl für den Schulalltag macht. Zudem lassen sie sich leichter reparieren und aktualisieren, was die Betriebskosten über mehrere Jahre hinweg senkt.

### **5. Wieso haben nicht alle Schulen Geräte, mit denen sie den Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerechter werden könnten?**

Das verfügbare Budget wird zunächst für die Grundversorgung der schulischen IT-Infrastruktur verwendet. Der Fokus lag bislang darauf, die Basisausstattung aller Schulen und Stufen sicherzustellen, bevor zusätzliche, speziell auf besondere Bedürfnisse ausgerichtete Geräte beschafft werden können. Die Beschaffung von barrierefreien Geräten und spezifischer Software für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist ein Teil der mittelfristigen schulischen M&I-Strategie. Die Einbindung spezieller Technologien und Software in die bestehende Infrastruktur erfordert Anpassungen und Schulungen. Diese Prozesse sind zeitaufwändig und stellen zusätzliche Herausforderungen dar, die in den laufenden Konzeptionsprozess einfließen sollen.

### **6. Weshalb wurde Lehrpersonen aus dem Zyklus 2 (3.-6. Klasse) im Laufe der letzten Jahre mehrmals kommuniziert, sie würden bald eine bessere IT-Infrastruktur erhalten, sich jedoch zumindest bei einigen nichts massgeblich verbessert hat?**

Die ausbleibenden wesentlichen Verbesserungen der IT-Infrastruktur im Zyklus 2 resultieren aus einem Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren. Sowohl die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) als auch die am Unterricht beteiligten Personen haben, wie in vielen anderen Gemeinden auch, die Dynamik und Komplexität der Anforderungen an die schulische Medien- und Informatikinfrastruktur unterschätzt.

Eine interne Analyse zum aktuellen Stand der Integration neuer Medien und Informatik an den Künzler Schulen, die die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport nach Ablauf des vom Kanton Bern vorgegebenen Termin für die definitive Umsetzung des LP21 an den Volksschulen (Sommer 2022) vorgenommen hat, führte zu folgenden Erkenntnissen:

- Die Berechnung der Folgekosten für den Betrieb und Unterhalt der Informatikinfrastruktur (Life-cycle Management) ist nicht zeitgemäss.
- Es ist kein Prozess zur kontinuierlichen Erneuerung von Hard- und Software vorhanden.
- Das pädagogische Konzept ist nicht ausreichend aktuell und berücksichtigt die Anforderungen des Lehrplans 21 zu wenig.
- Eine Strategie für die Einbindung der Vorgaben des überfachlichen Lehrplans «Medien und Informatik» in den verschiedenen Fächern und Jahrgangsstufen fehlt weitgehend.
- Die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrpersonen im Bereich «Medien und Informatik» ist konzeptionell nicht festgehalten.
- Das technische Konzept der schulischen Informatikmittel ist veraltet und muss umfassend überarbeitet werden.

Zur Eindämmung des Prozesses der vorzeitigen Überalterung der schulischen Informatikinfrastruktur hat die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) in enger Abstimmung mit der Konferenz der Schulleitenden sowie der Konferenz der Schulischen Medien- und Informatikverantwortlichen Sofortmassnahmen eingeleitet. Als zentrale Massnahme wurde die Beschaffung von Informatikmitteln für eine One-to-one-Ausrüstung auf der Sekundarstufe 1 veranlasst.

Über die letzten drei Schuljahre wurden jeweils die Schülerinnen und Schüler der 7.-Klasse zu Schuljahresbeginn mit einem persönlichen Gerät ausgestattet, das ihnen bis zum Ende der Schulzeit zur Verfügung steht. Die dadurch freierwerdenden Geräte auf der der Sekundarstufe 1 wurden zur Erweiterung des Gerätepools der Primarklassen verwendet. Diese Schritte waren erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der schulischen IT-Infrastruktur kurzfristig zu sichern und die Grundlage für ein langfristiges Erneuerungskonzept zu schaffen. Dieses Vorgehen wurde den schulischen Anspruchsgruppen zu verschiedenen Zeitpunkten zur Verfügung gestellt.

Um den genannten Herausforderungen und Defiziten mittelfristig zu begegnen, hat die Abteilung BSS in Zusammenarbeit mit den Volksschulen der Gemeinde Köniz und dem Informatik-Zentrum Köniz/Muri im August 2024 mit der Entwicklung eines neuen schulischen Medien- und Informatikkonzepts begonnen. Dieses Konzept wird neben den pädagogischen Anforderungen des Lehrplans 21 auch technische, rechtliche und finanzielle Aspekte berücksichtigen. Ziel ist es, die Beschaffung, den fortlaufenden Ersatz sowie den Betrieb der Informatikmittel für alle Zyklen der Volksschulen der Gemeinde Köniz zu vereinheitlichen und transparent zu regeln.

Als erster Schritt wird bis Ende Januar 2025 eine umfassende Ist-Analyse durchgeführt, um den aktuellen Stand der Medien- und Informatikinfrastruktur sowie deren Nutzung an den Schulen zu erfassen. Diese Analyse wird in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Bern (Institut für Weiterbildung und Dienstleistungen, Netzwerk digitale Transformation) erstellt. Der Gemeinderat hat dafür einen Kredit gesprochen. Die Ergebnisse dieser Analyse bilden die Grundlage für die Entwicklung des Medien- und Informatikkonzepts der Könizer Schulen, das bis Ende 2025 vorliegen und dem Parlament im ersten Quartal 2026 zur Kenntnisnahme unterbreitet werden soll.

Köniz, 8. Januar 2025

Der Gemeinderat

## Diskussion

Die Diskussion wird gewünscht.

(Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Stimmen)

**Erstunterzeichnerin, Corina Burren, SVP:** Ich will mich für die selbstkritische und ausführliche Beantwortung der Fragen in der Interpellation bedanken.

Auf eine Erfahrung aus der Praxis möchte ich noch hinweisen: Es stimmt nicht ganz, wie es in der Antwort steht, dass die Vorlesefunktion gerätunabhängig möglich ist. Einen digitalisierten Text können Laptops vorlesen, das ist keine Frage. Ist ein Text aber nicht digitalisiert, wie es zum Beispiel auf Arbeitsblättern und in Büchern der Fall ist, dann kann mit einem Tablet, dieser Text fotografiert und digitalisiert, automatisch erkannt und somit vorgelesen werden. Da gibt es kostenlose Apps dafür. Eine Kamera ist also nötig, um unkompliziert Kinder mit beispielsweise einer Lese- und Rechtsschreibschwäche zu entlasten. Es ist daher nicht so, dass Laptops bereits alle notwendigen Funktionen in einem Gerät vereinen.

Zurück zur Beantwortung der Fragen: Ich begrüsse es, dass die Erarbeitung einer schulischen Medien- und Informatikstrategie für die Könizer Schulen in Planung ist. Merci auch, dass ehrlich und detailliert Einblick in die Erkenntnis der Analyse zur Integration der neuen Medien und Informatik an Könizer Schulen gegeben wurde. Da diese Erkenntnis bereits im Sommer 2022 gemacht wurde, ist es jetzt wirklich höchste Zeit, diese Defizite anzugehen und zu priorisieren. Es scheint "auf guten Wegen zu sein", so wurde doch im August 2024 mit der Entwicklung eines neuen schulischen Medien- und Informatikkonzepts begonnen. Sind wir doch zuversichtlich, dass ausgehend von dieser im vergangenen Monat in Zusammenarbeit mit der PH durchgeführten Analyse der Informatikstruktur an unseren Schulen, bis Ende 2025 wirklich auch ein Medien- und Informatikkonzept für unsere Schulen vorliegen und uns bis in etwa einem Jahr zur Kenntnisnahme unterbreitet wird.

Ich hätte es begrüsst, wenn man auf eine Diskussion im Sinne der Effizienz hätte verzichten können. Es ist alles - wenn leider auch deutlich später, als es dringend nötig gewesen wäre - aufgegleist und vertrauen wir doch jetzt hier den Zuständigen, dass sie dies so, wie sie es sagen, auch durchführen.

**Katja Streiff, EVP:** Digitalisierung ist längst ein fester Bestandteil unseres Bildungssystems. Man kann dafür oder dagegen sein, Fakt ist, unsere Schulen müssen mit der notwendigen IT-Infrastruktur ausgestattet sein, damit alle Schülerinnen und Schüler die bestmöglichen Voraussetzungen für ein zeitgemässes Lernen bekommen. Die Antworten auf die uns vorliegende Interpellation zeigt, dass wir hier noch grosse Herausforderungen haben. Besonders im Zyklus 2 sind zum Beispiel einige der eingesetzten Geräte veraltet und erschweren den Unterricht, es hat zum Teil zu wenige Geräte an unseren Schulen und es gibt überhaupt keine einheitliche Handhabung an unseren Schulen in dieser Gemeinde.

Ja, diese Antworten zu lesen, das macht nachdenklich. Wir begrüssen es darum sehr, dass der Gemeinderat und auch die Verwaltung diese Problematik wirklich erkannt hat und auch aktiv an Lösungen arbeitet. Und ein wichtiger erster Schritt ist die umfassende Ist-Analyse, welche jetzt noch bis Ende Januar läuft. Wir sehen also, sie sind dran, denn diese Analyse ist nicht innerhalb einer Woche gemacht. Wir sind darum auch sehr auf das Medien- und Informatikkonzept gespannt, welches dem Parlament im ersten Quartal 2026 vorgelegt werden wird.

Dieser Prozess ist essentiell, denn unsere Schulen müssen mit der nötigen IT-Infrastruktur ausgerüstet sein, um auch den Lehrplan 21 vollständig und effektiv umsetzen zu können. Digitale Lehrmittel und moderne Unterrichtsmethoden dürfen nicht an mangelnder technischer Ausstattung scheitern. Sprich, die Infrastruktur muss nachhaltig geplant und auch kontinuierlich erneuert werden.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die transparente und ehrlichen Antworten auf die Fragen, welche gestellt wurden und wir sind auch bereit, in diesem Prozess konstruktiv mitzuwirken und ihn zu begleiten.

**Mayra Faccio, JUSO:** Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass alle Schüler:innen in dieser Gemeinde den bestmöglichen Unterricht sollen besuchen können. Mit den verschiedenen Lehrmitteln, welche im Moment im Kanton Bern Pflicht sind, geht dies aber nur mit dem Zugang zu einem Tablet oder einem anderen digitalen Gerät. Dass immer noch nicht alle Schüler:innen einen genügend häufigen Zugang zu einem solchen Gerät haben, ist enttäuschend. Dass man im Moment nicht sagen kann, wo wie viele Geräte zur Verfügung stehen, ebenfalls. Das zeigt, dass die Gemeinde möglichst schnell handeln sollte. Dass in der Oberstufe alle Schüler:innen ein eigenes Gerät haben, ist schon mal ein guter Anfang.

In der Primarstufe ist es wichtig, dass die Geräte schnell einsatzbereit und benutzer:innenfreundlich sind. Da Kinder bis zur Oberstufe selten längere Arbeiten schreiben müssen und es in der Primarstufe einfacher ist, mit den Apps der verschiedenen Lehrmittel zu arbeiten, sind auch die Tablets in dieser Stufe viel praktischer und einfacher und das nicht nur bis zur vierten Klasse. Wenn dann doch einmal etwas längeres geschrieben werden muss, kann man immer noch mit Tastaturen arbeiten, welche man ganz einfach anschliessen kann und davon braucht man nicht für jedes Tablet eine. Diese werden selten gebraucht und man kann sie gut zentral in einem Schulhaus lagern. Da sind wir also mit der Interpellationsantwort nicht ganz einverstanden.

Dass Kinder im besonderen Volksschulangebot bis jetzt noch nicht im Fokus waren und das auch erst mittelfristig sein werden, finden wir schockierend. Gerade diese Schüler:innen brauchen dringend Zugang zu passenden Lernformen. Dort sieht man den Handlungsbedarf eher früher als später.

Die interne Analyse, welche im Punkt 6 vorgestellt wird, zeigt genau, wo Köniz noch hinten nach hinkt. Und die Sofortmassnahmen, welche aufgrund dieser Analyse getroffen wurden, begrünnen wir. Wir freuen uns auch, nächstes Jahr, das Medien- und Informatikkonzept lesen zu können und hoffen, dass sich bis dann bereits vieles verbessern wird.

Wir bedanken uns für die Antwort dieser Interpellation.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP (für Gemeinderat, Hans-Peter Kohler, FDP):** Ich übernehme die Antwort in Vertretung von Hans-Peter Kohler. Er hat mich darum gebeten und ich werde ihm euren Dank auf jeden Fall ausrichten.

Zuerst möchte ich mich bei der Interpellantin bedanken, welche wichtige Fragen gestellt hat, welche es uns allen erlauben, uns hier zu informieren und diese zu lesen. Und ich möchte mich auch bei der Mitte-Fraktion für die konstruktive Aufnahme bedanken und dass man dies konstruktiv begleiten will, denn genau das sieht man hier: Wir stehen am Anfang eines Weges, welcher noch ziemlich steil werden wird und wo wir noch viele Fragen werden klären müssen. Das hat man auch im Votum der SP-Fraktion gehört, welche den Finger darauf legt, wo es heute noch fehlt.

Ich möchte in Ergänzung zu dem noch etwas sagen, was in erster Linie vielleicht gar nicht so auf der Hand liegt, wenn man über Informatik nachdenkt.

Aber es gibt ein anderes Geschäft, welches im Moment vom Parlament behandelt wird, welches für dieses Geschäft hier elementar wichtig ist: Es geht nämlich um unsere Bildungsteuerung.

Ganz kurz zusammengefasst, ist es heute so, dass Gemeinderat und Verwaltung sich sehr oft um Kreditgeschäfte kümmern - also um Beschaffungen, Schulhäuser, aber eben auch IT-Infrastruktur - und die Schulkommission hat strategische Aufgaben, plus sie leitet die Schulleitungen an und führt diese. Und genau bei diesem Geschäft hier sieht man eben auch, dass dies wiederum Auswirkungen hat, bei solch vernetzten Themen wie der IT. Denn IT ist nicht einfach eine Frage, welches Gerät wir kaufen wollen, es ist in erster Linie eine pädagogische Frage, für was brauchen die Kinder diese Geräte und wie sollen diese an unserer Schule genutzt werden. Und wenn jede Schule diese Fragen für sich klärt, via ihr Schulkommissions-Tandem, dann gibt es kein gesamtes Bild. Und das ist genau das, was bis jetzt gefehlt hat. Natürlich hat man IT-Infrastruktur kollektiv beschafft, aber ihr seht schon anhand der Antwort, dass es zu unterschiedlichen Zeiten geschah, nicht alle alles gleich gemacht haben und dass es dann auch zu Situationen gekommen ist, welche zurecht als stossend empfunden wurden.

Ich kann hier noch ergänzen, dass die besondere Volksschule unter kantonaler Aufsicht steht und es dadurch sicherlich auch nicht einfacher wird.

Kurz gesagt, wir haben den Handlungsbedarf erkannt, möchten auch mit dieser Diskussion über die Bildungssteuerung organisatorische Sachen verbessern, damit es nicht wieder soweit kommt und es gibt auch noch andere Themen, welche ähnlich gelagert sind. Wir haben zuvor über den Schulraum gesprochen, Bildungsraum - auch dieser braucht eine Bestellung und auch dort ist die Frage, was wollen wir denn genau? Wollen wir Basisstufe, wollen wir Ganztageschulen, wollen wir Tagesschulen? Das sind eher strategische Bildungsfragen, welche aber in eine Bestellung münden und bei welchen auch die Frage aufkommt, wie können wir dies gut miteinander verknüpfen, damit ihr hier auch nicht nur das Gefühl habt, ihr könnt nur "ja" oder "ja" sagen, sondern dass ihr beide Fragen – also sowohl die pädagogische Frage, wie dann auch den Kreditantrag – diskutieren könnt.

Hier wollen wir dies in erster Linie mit diesem Konzept machen, bei welchem man zuerst einmal eine Bestandesaufnahme machen muss, damit wir wirklich wissen, wie es an den Schulen läuft. Was wir umgekehrt wissen ist, welche Software und welche Geräte wir haben, aber es geht eben auch darum, wie diese genutzt werden und wie wir dies noch verbessern können.

Wir werden euch in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden Kreditanträge stellen, doch dafür brauchen wir aber auch gewisse Grundlagen.

In diesem Sinne danke ich euch für euer Hinschauen bei diesem wichtigen Thema und ihr werdet sicher noch weiter von uns hören.

Die Interpellantin ist befriedigt mit der Antwort des Gemeinderats.

PAR 2025/18

### **Verschiedenes**

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

V2501 Motion (SP/JUSO-Fraktion) "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und Jugendliche"

V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitalisierter Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe"

V2503 Postulat (SP/JUSO-Fraktion) "Umsetzung Istanbul-Konvention"



## Diskussion

**Parlamentspräsident, Casimir von Arx:** Nachdem der Gemeinderat das Wort nicht wünscht, kommt das Parlament an die Reihe. Als erstes die zweite Vizepräsidentin Selin Lopez, sie informiert über die Diskussion im Parlamentsbüro vom 17. Dezember 2024 betr. die Briefe des Gemeinderats und der Geschäftsleitung der SP Köniz.

**Selin Lopez, FDP:** Wir konnten diese Schreiben zwischenzeitlich im Parlamentsbüro diskutieren, welche im Nachgang zur Parlamentssitzung vom November eingegangen sind. Dies war einerseits ein Schreiben des Gemeinderates und andererseits ein Schreiben der Partei der SP/JUSO – wenn ich nicht ganz falsch liege, kam es von beiden - und entsprechend wollen wir euch gerne informieren, was bisher passiert ist:

Wir haben dies besprochen und wir kamen zu einem klaren Konsens, dass wir in diesem Parlament einen respektvollen Austausch untereinander aber auch mit dem Gemeinderat wünschen und dies soll auch Teil der Könizer Debattenkultur sein. Der politische Diskurs soll selbstverständlich weiterhin möglich sein, aber die Art und Weise muss einfach Anstand haben.

Wir erkennen auch die Aufgabe des Parlamentsbüros, insbesondere des Präsidiums, dass wenn dies nicht der Fall sein sollte, insbesondere das Präsidium zukünftig einschreiten muss. Denn das Präsidium sollte schliesslich der Hüter dieser anständigen Debattenkultur sein. Wir wünschen uns, dass das, was im November passiert ist, nicht wieder so passieren kann.

**Toni Eder, Die Mitte:** Ich habe mich sehr gefreut, dass jetzt auch auf der Bifitstrasse eine Baustelle ist. Sie wurde gut angekündigt, hat Plakate und alle Betroffenen haben einen Flyer erhalten.

Warum habe ich mich über diese Baustelle gefreut? Einfach, weil ich Bauingenieur bin. Dann hört dann aber auch die Freude wieder auf: An der Bifitstrasse 102 wird der Einlenkungsbereich, den gültigen Normen angepasst, das Trottoir wird verlängert, die Randabschlüsse und die Entwässerung wird saniert. Das ist eine Einmündung einer Privatstrasse und ich weiss nicht genau, wofür dies gemacht wird. Oberhalb der Einmündung hat es circa drei Einfamilienhäuser und an der Privatstrasse hat es circa sechs Einfamilienhäuser. Das Trottoir ist längstens genügend, es ist jetzt etwa seit 50 Jahren so und das reicht für diese rund drei Personen, welche dort pro Woche runterlaufen.

Es ist auch die Frage der Versiegelung und Entsiegelung: Es wird dort eigentlich versiegelt, etwa so viel, wie an gewissen Stationen entsiegelt wird.

Und jetzt meine Frage: Was kostet dies und wie viele solche Anpassungen wegen Privatstrassen werden noch gemacht? Und welcher Ertrag resultiert daraus?

Und jetzt noch zur Privatstrasse: Ich habe 2020 eine Interpellation gemacht und damals hat der Gemeinderat ausgeführt, dass die Gemeinde für Instandstellung und die Übernahmen dieser Privatstrassen rund CHF 400'000 ausgeben muss. In vielen Fällen haben sich die Eigentümer damals gewehrt und ich habe daraufhin gefragt, warum man dies jetzt gegen den Willen der Eigentümer machen und mehrere CHF 100'000 ausgeben will. Das ist eine Pendenz aus dem Jahr 1971, welche der Gemeinderat jetzt schliessen möchte. Ich habe damals auch gefragt, wer denn jetzt eigentlich davon profitiert? Die Gemeinde, die Eigentümer, Anwälte oder Consultants? Dazu hatte der Gemeinderat keine Antwort gegeben. Ich wäre froh, wenn es hier – nicht heute – eine Antwort auf diese Fragen geben würde, ob dies wirklich notwendig ist und was dies überhaupt dort kostet. Besten Dank.

**Gemeinderat, Christian Burren, SVP:** Ich nehme diesen umfangreichen Fragenkatalog wie eine Interpellation gerne mit und werde diesen das nächste Mal beantworten.

**Parlamentspräsident, Casimir von Arx:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, habe ich noch einige Informationen:

Ich habe euch zwei Neuerungen angekündigt, die erste habt ihr bereits gehört, die zweite ist die Folgende:

- Es gibt neu einen Teamraum, auf welchen alle Parlamentsmitglieder Zugriff haben. Alle, welche in einer Kommission sind, wissen, was ein Teamraum ist. Für jene, welche noch nicht in einer Kommission sind: Das ist eine Online-Ablage, auf welche jeweils die Mitglieder der Kommission Zugriff haben oder wie nun bei diesem neuen Teamraum, alle Parlamentsmitglieder. Die Idee ist, dass wir dort Informationen bzw. Dokumente teilen können, welche für die Parlamentsarbeit nützlich sind - wie beispielsweise das Vademecum – welche aber nicht öffentlich auf der Webseite gefunden werden können. Ihr bekommt von der Fachstelle Parlament demnächst eine Einladung per Mail, worin auch eine Anleitung enthalten ist, wie man in diesen Teamraum reinkommt.

- Dann eine "Save-the-Date-Ankündigung": Ich gebe euch heute bereits bekannt, dass der Parlamentsausflug am Freitag, 29. August 2025, ab 17.00 Uhr, stattfindet. Bitte reserviert euch diesen Termin bereits heute in euren Agenden. Die Einladung sowie das detaillierte Programm folgen später. Wir werden voraussichtlich in der Gemeinde Köniz sein.
  - Die nächste Parlamentssitzung findet am Montag, 17. März 2025, um 19.00 Uhr, statt.
- Damit wir sind wir am Ende dieser Sitzung. Ich wünsche euch eine unfallfreie Sportwoche und schliesse diese Sitzung.

### **Im Namen des Parlaments**

Casimir von Arx  
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs  
Leiterin Fachstelle Parlament